

En neit Kapitel fir Lëtzebuerg



Eise Programm

Dezember 2008

De Wahlprogramm fir d'National- an d'Europawahlen 2009
gouf de 5. Oktober 2008 um grénge Parteikongress ugeholl.

Une version définitive sera prochainement imprimée
en allemand et en français.



Inhaltsverzeichnis

Präambel	1
I. Wirtschaft und Finanzen	6
1. Grüne Marktwirtschaft für Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit	6
2. Wirtschaftliche Diversifizierung	6
3. Die Finanzsysteme stabilisieren	7
4. Bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen durch Entbürokratisierung	8
5. Den Wirtschaftsstandort besser planen	8
6. Eine vorsichtige Finanzpolitik, die auf die Zukunft ausgerichtet ist	9
7. Ein Konjunkturprogramm für das Klima	9
8. Für ein gerechtes Steuersystem	9
9. Wiedereinführung des Indexsystems	10
10. Instrumente der Beschäftigungspolitik	10
11. Arbeitsbedingungen und Lohnpolitik	11
II. Klima-, Energie- und Umweltpolitik	12
III. Landwirtschaft und Naturschutz	15
1. Landwirtschaft und Ernährung	15
2. Naturschutz	16
3. Tierschutz	17
IV. Bessere Raumplanung und Mobilität	18
1. Verkehrs- und Landesplanung	18
2. Starke Gemeinden	19
3. Wohnungsbaupolitik in Luxemburg	21
V. Schul- und Bildungspolitik	23
1. Schule und Berufsausbildung	23
2. Universität und Forschung	25
VI. Grüne Familienpolitik	27
1. Familien	27
2. Kinderrechte und Jugendschutz	28
3. Jugend	29
4. Ein neuer Generationenvertrag	30
5. Personen mit spezifischen Bedürfnissen	31
VII. Gesellschaftspolitik	33
1. Demokratie	33
2. Gleichstellung von hetero- und homosexuellen Paaren	34
3. Prostitution	34
4. Staat & Kirchen	35
5. Palliativpflege und aktive Sterbehilfe	36

VIII.	Justiz, Immigration, Asyl	37
1.	Justiz und Bürgerrechte	37
2.	Immigration, Sprachen- und Asylpolitik	38
IX.	Soziale Sicherheit durch Solidarität	41
1.	Prävention, Transparenz und Qualität sind die Voraussetzungen einer effizienten Gesundheitspolitik	41
a.	Die Gesundheit des Versicherten soll im Mittelpunkt der medizinischen Versorgung stehen.	41
b.	Hausärzte als Begleiter und Berater des Patienten	42
c.	Präventionspolitik und Umweltmedizin: zwei wichtige Pfeiler einer effizienten Gesundheitspolitik	42
d.	Spitalwesen: Transparenz, Koordination und zielgerichtetes Handeln	43
e.	Psychiatrie	43
f.	Gleichberechtigter Zugang aller Pflegebedürftigen zu qualitativ hochwertigen Leistungen der Pflegeversicherung	44
g.	Das Gesundheitswesen muss demokratisiert werden	44
h.	Notdienste	44
2.	Das luxemburgische Rentenmodell absichern	45
a.	Ein sicheres öffentliches Rentensystem	45
b.	Eigener Rentenanspruch für alle	45
c.	Rentenalter	46
d.	Invalidität	46
3.	Suchtprävention und Drogenpolitik	46
X.	Gender Mainstreaming : mehr Lebensqualität für Frauen und Männer	48
1.	Gleiche Chancen in Beruf und Karriere	48
2.	Rentenanspruch für alle	49
3.	Frauen im gesellschaftlichen Leben	49
4.	Ein selbstbestimmtes Leben führen	49
XI.	Medien, Kultur, Sport und Freizeit	51
1.	Medienpolitik	51
2.	Für eine vielfältige Kulturszene	52
3.	Sport und Freizeit	53
4.	Tourismus	53
XII.	Außen-, Friedens-, Sicherheitspolitik, Kooperation und Europa	55
1.	Entwicklungs- und Zusammenarbeitspolitik	56
2.	Eng staark gréng Stëmm fir Europa	57
a.	Konsequent für Frieden, Solidarität, Demokratie, Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz	57
b.	Folgenden Maßnahmen und Projekten haben für déi gréng im Europaparlament Priorität.	59
3.	„L tzebuerg an Europa“ : Mehr Professionalismus, Transparenz und Kontrolle!	62

Wahlprogramm 2009

En neit Kapitel fir Lëtzebuerg

Präambel

Ein zukunftsfähiges Luxemburg

Die Welt befindet sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einer überaus wichtigen Umbruchphase. Globalisierung, Klima- und Energieproblematik und Verteilungsgerechtigkeit sind die großen Herausforderungen, welche die Menschheit zu bewältigen hat. Diese bergen Risiken, aber auch enorme Chancen, falls wir es schaffen, auf diese Herausforderungen positive Antworten zu finden. déi gréng glauben an diese Chancen. Unser Land verfügt, dank seiner flexiblen Möglichkeiten und seines hohen Reichtums, über gute Ausgangsbedingungen, um die gesellschaftliche Umbauphase so zu gestalten, dass Luxemburg auf der Gewinnerseite sein wird. Dies setzt allerdings die Bereitschaft voraus, unsere aktuellen, strukturellen Defizite zu erkennen und in den kommenden Jahren zielstrebig Reformen einzuleiten, die unserem Land zu einer modernen und zukunftsfähigen Basis verhelfen.

Der ökologische Umbau der Wirtschaft

Mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von über vier Prozent und der jährlichen Schaffung von über 8.000 Arbeitsplätzen boomt unser Land wie kein anderes in Europa. Es gilt jedoch zwei Aspekte dieses Wirtschaftswachstums nicht aus dem Auge verlieren: zum einen sind wir in gefährlich hohem Maße von einem einzigen Wirtschaftssektor, dem Finanzsektor, abhängig und zum anderen werden die neu geschaffenen Arbeitsplätze zu über 80 Prozent von Grenzpendlern besetzt. Unser Wachstum ist demnach größtenteils vom Ausland abhängig. Zudem muss man die problematischen „Nebeneffekte“ dieses Wachstums, wie die Mobilitätsfrage oder den Tanktourismus berücksichtigen, die zunehmende Kosten im Bereich der Infrastrukturen oder unserer nationalen Klimabilanz verursachen.

déi gréng wollen in Luxemburg ein dynamisches Wirtschaftswachstum erhalten, das auch den zukünftigen Generationen soziale Absicherung und Wohlstand garantiert. Wir streben jedoch ein qualitatives Wachstum an und setzen auf eine wirtschaftliche Struktur, die sich auf mehr als ein Standbein stützt. Durch seine Kompetenzen im Finanz- und Dienstleistungssektor verfügt Luxemburg auch über das nötige Potential, um neue Nischen zu besetzen. Unsere wichtigste Ressource ist und bleibt allerdings eine qualitativ hochwertige Schulausbildung, die allen die bestmöglichen Chancen bietet.

déi gréng werden:

- ein strategisches Konzept vorlegen, das unter Einbeziehung des Finanz- und Dienstleistungssektors zur Erschließung der Zukunftsmärkte in den Bereichen der Energie- und Umwelteffizienztechniken, des Gesundheitssektors und der Kommunikationstechnologien führt.
- ein Gesamtkonzept für Erziehung, Orientierung und Ausbildung vorlegen, das den jungen Menschen und dessen Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellt.
- ein Landesplanungskonzept mit Vorrang für das Einwohnerszenario verbunden mit einer nachhaltigen Mobilitätspolitik vorlegen.

Die Klima-, Energie- und Umweltkrise überwinden

Seit den 80er Jahren schon mahnen déi gréng zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit den natürlichen Ressourcen unseres Planeten. Heute werden unsere Sorgen von Millionen Menschen und von Tausenden von Wissenschaftlern weltweit geteilt. Der Klimawandel, die zunehmende Verknappung der fossilen Energien, der Wassermangel, das Artensterben: all diese Umweltprobleme bedrohen die Sicherheit und das Überleben der Menschheit auf diesem Planeten in zunehmendem Maße. Allein die Entwicklung der Preise für Erdöl und Gas führt uns vor Augen, wie sehr die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern unsere Wirtschaft und damit unseren Wohlstand gefährdet. Es wird Zeit, konsequent einzugreifen. Die Handlungsmöglichkeiten sind da und die Techniken stehen schon zur Verfügung. Bereits heute arbeiten in verschiedenen hoch industrialisierten Ländern mehr Menschen in den Wirtschaftsbranchen „Umwelt- und Energietechniken“, als in der Automobilindustrie. Sonne, Wind, Wasser und Biotechnologien werden neben den Energieeffizienztechnologien und den Nanotechnologien die bedeutendsten Träger der dritten industriellen Revolution sein.

déi gréng werden:

- den Rahmen schaffen, der effizient und unbürokratisch diesen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel begleitet.
- eine sozial abgefederte ökologische Steuerreform einführen, welche die Gesamtsteuerlast nicht erhöht und die dritte industrielle Revolution auch hierzulande fördert.
- die Forschung und Entwicklung auf diesen Gebieten in enger Zusammenarbeit mit der Universität Luxemburg und anderen wissenschaftlichen Instituten massiv fördern.

Eine zeitgemäße Familienpolitik in einem aktiven Sozialstaat

Das Zusammenleben in unserer Gesellschaft hat sich grundlegend verändert. Auch wenn in Luxemburg die Frauenerwerbsquote noch weit unter jener der nordischen

oder angelsächsischen Länder liegt, so steigt sie doch kontinuierlich an. In sehr naher Zukunft wird es auch hierzulande selbstverständlich sein, dass alle Frauen und Männer berufstätig sind. Diese Tatsache bedingt eine Reorganisation des Zusammenlebens, um Beruf, Familie und Kindererziehung auf einen Nenner zu bringen und um Kindererziehung und Zusammenleben nicht zu kurz kommen zu lassen. Hier muss der Staat seiner Verantwortung gerecht werden und staatliche oder kommunale Rahmenbedingungen schaffen, die eine moderne Familienpolitik unterstützen. Die öffentliche Förderpolitik muss überdacht werden. Direkte Geldzuwendungen müssen selektiver durchgeführt werden und prioritär den wirklich sozial Schwachen zufließen. Zudem muss das Netz der qualitativen öffentlichen Kinderbetreuung ausgebaut werden. Wir streben mittelfristig flächendeckend die unentgeltliche öffentliche Kinderbetreuung für alle an.

déi gréng werden:

- eine hochwertige und kostenlose öffentlichen Kinderbetreuung schaffen.
- in der Familienpolitik die Geldleistungslogik reduzieren und stattdessen eine Dienstleistungslogik fördern.

Soziale Gerechtigkeit schaffen

Die Globalisierung hat einigen Regionen dieser Erde mehr Wachstum gebracht, doch insgesamt hat sich die Schere zwischen Arm und Reich vergrößert. Das globale Gefälle zwischen Nord und Süd und das damit verbundene Elend ist nicht nur unerträglich und moralisch verwerflich, sondern mitverantwortlich für Krieg und Frieden auf dieser Welt. Auch in den hoch industrialisierten Ländern wird die Kluft zwischen Arm und Reich wieder größer. Die Shareholder-Value-Mentalität in einer globalen Welt verschärft auch hier die sozialen Konflikte und erschwert eine gerechte Umverteilung. Steuergerechtigkeit, Sozialdialog und selektive Sozialpolitik sowie der gerechte Austausch zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern, dies sind wesentliche Elemente einer lokalen, regionalen, nationalen oder internationalen Friedenspolitik.

déi gréng werden:

- eine ökologische und soziale Steuerreform zur gerechten Verteilung des Reichtums einführen.
- die Armut durch eine selektive Sozialpolitik bekämpfen.
- eine Reform der internationalen Institutionen wie UNO, IWF und Weltbank hin zu Instanzen für wirtschaftliche Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit anstreben.

Eine offene und tolerante Gesellschaft

Wir leben in einer sehr komplexen und vielschichtigen Gesellschaft. Die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse, die modernen Kommunikationsmittel und die Globalisierung haben dem Menschen viele neue Möglichkeiten geschaffen, sein Leben zu gestalten. Der kulturelle und philosophische Austausch vollzieht sich heutzutage deutlich schneller und offener als zuvor. Der Staat hat dafür zu sorgen, dass der Dialog zwischen allen philosophischen und religiösen Weltanschauungen weiterhin durch Offenheit, gegenseitigen Respekt und Meinungsfreiheit bestimmt wird.

Auch die zwischenmenschlichen Beziehungen sind vielfältiger geworden. Liebesbeziehungen, ob homo- oder heterosexuell, werden heute offener und anders als früher ausgelebt. Der Staat darf hier nicht bevorzugend, bevormundend oder ausgrenzend wirken, sondern er muss integrierend handeln.

Luxemburg ist ein multikulturelles Land. Viele Menschen, die in unserem Land wohnen, sind nicht hier geboren. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Demokratie so umstrukturiert wird, dass alle Menschen, die in unserem Land leben und arbeiten, auch an den politischen Entscheidungen teilhaben können.

Unser Bildungssystem entspricht ebenfalls nicht mehr den heutigen Anforderungen. Vor allem Nicht-Luxemburger haben in diesem System zunehmend schlechtere Chancen. Eine Reform unseres Bildungssystems ist eine der dringlichsten Aufgaben der kommenden Jahre.

Die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen steigt immer weiter an. Auch dies stellt uns vor neue Herausforderungen. Jedem Menschen muss das Recht zustehen, in Würde alt zu werden und selbst über sein Lebensende entscheiden zu können.

déi gréng werden:

- einen laizistischen Staat fördern, der den philosophischen und religiösen Austausch zwischen allen Menschen unterstützt. Dies ist nur möglich und abgesichert, wenn der Staat sich, gemäß der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, konfessionell neutral verhält;
- eine Gleichbehandlung aller Formen des zwischenmenschlichen Zusammenlebens sicher stellen.
- die Demokratiedefizite gegenüber Nicht-Luxemburgern beheben.
- eine tief greifende Schulreform, die bessere Chancen für alle bietet, einführen.
- die Selbstbestimmung der behinderten, kranken und alten Menschen absichern.

Grün steht für Wechsel

Im Jahr 2009 stehen besonders wichtige Parlaments- und Europawahlen an. Mit diesen fünf Hauptthemen wollen wir in den kommenden fünf Jahren grüne Politik durchsetzen. Bei den vergangenen Nationalwahlen im Jahre 2004 wurde das Machtgefüge der alten Parteienlandschaft durch die Stärkung von déi gréng ein erstes Mal aufgebrochen. Die Kommunalwahlen von 2005 haben diesen Trend bestätigt. In vier der sechs größten Gemeinden des Landes tragen die Grünen seit Oktober 2005 Verantwortung. Nur durch déi gréng kann es zu einem wirklichen Wechsel kommen. Luxemburg braucht einen Neuanfang.

I. Wirtschaft und Finanzen

1. Grüne Marktwirtschaft für Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit

Wir leben in Zeiten großer wirtschaftlicher Umwälzungen. Die globale Erwärmung mit ihren negativen Folgen, die Finanz- und die Energiekrise und nicht zuletzt die anhaltende Welthungerkrise zeigen die Grenzen eines global unregulierten Wirtschaftsmodells, das die natürlichen Ressourcen und die Lebensbedingungen heutiger und künftiger Generationen weltweit aufs Spiel setzt.

Die Kosten der oft verdrängten ökologischen und sozialen Folgen unseres Wirtschaftssystems übersteigen ihre Wohlstandsgewinne. Die Globalisierung der Wirtschaft, der Finanzströme und der Kommunikation sprengt die Grenzen nationaler Volkswirtschaften. Sie verschärft die Kluft zwischen Arm und Reich weltweit. Hieraus ergeben sich Herausforderungen, denen man nicht mit veralteten Lösungen entgegentreten kann. Eine ökologische und soziale Marktwirtschaft setzt nicht auf blindes, rein quantitatives Wachstum. déi gréng fragen, was wächst und wozu es wächst. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ist nicht der alleinige Gradmesser für das Wohlergehen einer Gesellschaft. Generell muss geprüft werden, ob das angestrebte Wachstum nicht zu Lasten der Zukunft und zu Lasten ärmerer Länder geht.

Die soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung ist für déi gréng eine Schlüsselfrage weltweiter Gerechtigkeit. Grüne Marktwirtschaft macht die Zukunft zum Gegenstand der heutigen Politik. Das ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, die uns verbietet, unseren heutigen Wohlstand zu Lasten künftiger Generationen auszuleben.

Luxemburg ist das Land mit dem höchsten pro-Kopf-BIP der EU. Wir haben die niedrigste Staatsverschuldung und im Durchschnitt die höchsten jährlichen Wirtschaftswachstumswahlen. Wir sind das einzige EU-Land, das seit Mitte der 90er Jahre kontinuierlich mehrere Tausend neue Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen hat. Unser Land verfügt über eine solide wirtschaftliche und finanzielle Basis. Dabei vergessen wir, dass trotz dieser guten Bilanz mehrere strukturelle Schwachstellen unsere Wirtschafts- und Finanzgrundlage bedrohen.

2. Wirtschaftliche Diversifizierung

Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass Luxemburg zu sehr vom Finanz- und Dienstleistungssektor abhängig ist. 80 Prozent der direkten Steuereinnahmen stammen direkt oder indirekt aus dem Finanzsektor. Angesichts der Finanz- und der Energiekrise und ihrer dramatischen Auswirkungen auf die Finanzmärkte kann Luxemburg bei anhaltendem Druck überaus schnell vor haushaltspolitischen Schwierigkeiten stehen.

Mittel- bis langfristig müssen wir uns daher aus dieser extremen Abhängigkeit von einem einzigen Wirtschaftssektor befreien. Dies geht nur über eine wirtschaftliche Diversifizierung. Dabei kann der Finanzsektor mit seinen starken Geldfonds als Motor für eine neue Strategie genutzt werden.

déi gréng werden:

- die Wirtschaftspolitik vor allem auf die Sektoren Umwelt- und Energietechnologien, Gesundheits-, Telekommunikations- und Stahlverarbeitungstechnologien konzentrieren. Insbesondere für innovative, auf Technologie und Forschung ausgerichtete Klein- und Mittelunternehmen muss ein attraktives wirtschaftliches Umfeld geschaffen werden.
- die Industriebranchen im Süden des Landes mit der « Cité des sciences » dabei zum Zentrum dieser neuen Wirtschaftsstandbeine machen.
- das finanzielle Rückgrat unserer Wirtschaft, den Finanz- und Dienstleistungssektor, weiter stärken. Die Entwicklung neuer Produkte (Fonds für alternative Energien) in Zusammenarbeit mit der Finanzfakultät der Universität Luxemburg muss von öffentlicher Seite ebenso prioritär gefördert werden wie die Vermarktungsstruktur für den Finanzplatz Luxemburg.

3. Die Finanzsysteme stabilisieren

Die Finanzsysteme spielen eine bedeutende Rolle in unserem Wirtschaftssystem. Allerdings haben diese durch die übertriebene Liberalisierung der Finanzmärkte den Bezug zur realen Wirtschaft teilweise verloren. Zu lange hat kurzsichtige Geldgier gekoppelt mit einem hohen Hang zu riskanter Spekulation die Mentalität vieler Entscheidungsträger des Bankensystems bestimmt. Mit viel Phantasie wurden immer neue, teils hochriskante Finanzprodukte entwickelt. Dadurch wurde, im Endeffekt, das gesamte Finanzsystem ins Wanken gebracht. Nur durch massive staatliche Interventionen konnten bisher schlimmere wirtschafts- und sozialpolitische Katastrophen verhindert werden. Die aktuelle Finanzkrise ist der unbestreitbare Beleg für das Scheitern des « laissez-faire » in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der Staat und die Politik erhalten endlich ihre Rolle als wichtige Regulatoren zurück. Wir brauchen dringend einen neuen internationalen Finanzrahmen, welcher der „Spielcasino“-Mentalität ein Ende setzt und somit das Finanzsystem wieder auf stabile Füße stellt.

déi gréng werden:

- eine EU-Bankenaufsicht als übergeordnete Kontrollstelle für das europäische Finanzsystem fördern.
- eine Reform und Aufwertung des internationalen Währungsfonds und der Weltbank als weltweite Regulierungsinstanzen mit dem Ziel der Stabilisierung des Finanzsystems und einer sozial gerechten und nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung anstreben.

- Risiko und Verantwortlichkeit im Finanzsektor besser verknüpfen.

4. Bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen durch Entbürokratisierung

Der Markt kann den gesamtgesellschaftlichen Reichtum mehr, doch wird die gerechte Verteilung dieses geschaffenen Reichtums nicht genügend berücksichtigt. Auch der Schutz der natürlichen Ressourcen, der Artenvielfalt oder sonstige lebenswichtige Elemente der Nachhaltigkeit werden von den Marktmechanismen nicht automatisch wahrgenommen.

Deshalb ist der Staat als regulierender Faktor unersetzbar. Doch staatliche Regulierung darf nicht zu Bürokratie und unnötiger Bevormundung führen. Die Ausführungsbestimmungen der Gesetze müssen effizient, flexibel und unbürokratisch gestaltet sein und den Betrieben sollte eine gut organisierte und sachkundige Beratung zur Verfügung.

déi gréng werden:

- die administrative Reform und die Verbesserung und Vereinfachung der staatlichen Prozeduren zu einer Priorität machen. Nicht ein Mehr an Regulierung, sondern bessere Regulierung ist verlangt.
- nationale und regionale « guichets uniques » schaffen, die den Betrieben den Umgang mit administrativen Hürden erleichtern. Auch sollen die Betriebe eine verbesserte staatliche Unterstützung in den Bereichen Energie und Umwelt bekommen.

5. Den Wirtschaftsstandort besser planen

Fehlende Landesplanung und falsche Entscheidungen in der Wohnungs- und Mobilitätspolitik bereiten uns heute große strukturelle Probleme und riskieren zum Hemmnis der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung zu werden. Daher ist gerade aus wirtschaftspolitischen Überlegungen heraus eine geordnete Landesplanung, gekoppelt mit einem innovativen Mobilitätskonzept, in den kommenden Jahren von zentraler Bedeutung. Über IVL, sektorielle Pläne und Territorialreform wurde lange genug diskutiert, nun muss endlich gehandelt werden¹.

déi gréng werden:

- ein Landesplanungskonzept umsetzen, zuerst durch die Schaffung neuer zusammengeführter ministerieller Kompetenzen und dann resolut im Dialog mit den Gemeinden.

¹ Siehe dazu: Kapitel IV. Bessere Raumplanung und Mobilität

6. Eine vorsichtige Finanzpolitik, die auf die Zukunft ausgerichtet ist

Der Luxemburger Staatshaushalt steht zurzeit auf einer gesunden finanziellen Grundlage. Die niedrige Staatsverschuldung gibt uns noch genügend Spielraum, der aber prioritär für öffentliche Investitionsausgaben genutzt werden muss.

déi gréng werden:

- den Wohlstand durch öffentliche Investitionsausgaben in den Bereichen Wirtschaftsdiversifizierung, Umwelt, Forschung, Bildung und Mobilität konsolidieren.

7. Ein Konjunkturprogramm für das Klima

Die Krise an den Finanzmärkten und die Energiekrise haben die internationale Konjunktur stark abgeschwächt. Öffentliche Konjunkturprogramme können dazu beitragen, die Auftragsbücher der Betriebe zu füllen und damit Arbeitsplätze zu sichern. Sie müssen primär dazu genutzt werden, unsere Wirtschaft weniger abhängig von fossilen Energiequellen zu machen und den Klimaschutz voran zu treiben.

déi gréng werden:

- Programme zur Altbausanierung, zum Aufbau des Sektors der erneuerbaren Energien und zum Ausbau des öffentlichen Transports und der sanften Mobilität ankurbeln.
- die gesamte Wirtschaft von der begrenzten fossilen Energieversorgung (durch Öl, Gas, Kohle...) auf erneuerbare Energiequellen umstellen und damit unsere Wirtschaft weniger anfällig für die weiterhin drohenden Krisen des internationalen Energiemarkts machen.

8. Für ein gerechtes Steuersystem

Ein starker Staat geht verantwortlich mit seinen Steuereinnahmen um und ist in der Lage, die Steuern, die er zur Bewältigung seiner Aufgaben braucht, in gerechter Form zu erheben. déi gréng stimmen nicht in den Chor derjenigen ein, die immer wieder nach neuen Steuersenkungen rufen. Allerdings sind wir überzeugt, dass unser Steuersystem transparenter, einfacher und gerechter werden muss, weil es sonst die Akzeptanz durch die Bürgerinnen und Bürger verliert. Darüber hinaus nutzt ein zu kompliziertes Steuersystem vor allem denen, die sich auf Grund guter Einkommen Steuervermeidungsberater leisten können.

déi gréng werden:

- das Prinzip der regelmäßigen Anpassung der Steuertabelle an die Inflation garantieren.

- im Sinne einer sozial gerechten und transparenten Steuerpolitik sämtliche Abschreibungsmöglichkeiten sozial- und umweltpolitisch auf den Prüfstand stellen.
- die generelle Individualbesteuerung, die alle Menschen gleich behandelt, fördern.
- die Tendenz zur weiteren Absenkung der Körperschaftssteuer stoppen, sich jedoch nicht gezielten steuerlichen Anreizen verwehren, um einzelne bestehende Wirtschaftszweige zu stützen oder um neue, innovative Sektoren zu schaffen. Auch unsere Wirtschaftsförderinstrumente müssen einer Nachhaltigkeitsprüfung unterzogen werden.
- eine generelle ökologische Steuerreform umsetzen, welche die Gesamtsteuerlast nicht erhöht, sozial abgesichert ist und eine Verschiebung der Steuerbelastung von der Arbeit auf die Ressourcen zur Folge haben wird. Arbeit soll entlastet und Ressourcen stärker belastet werden. In Zusammenarbeit mit einem Wirtschaftsinstitut und nach Möglichkeit mit der Universität Luxemburg soll binnen der ersten zwei Jahre der kommenden Legislaturperiode ein ökologisches Steuerkonzept entworfen und anschließend in die Praxis umgesetzt werden.

9. Wiedereinführung des Indexsystems

Gerade in diesen schwierigen Zeiten benötigen wir soziale Finanzausgleichsmechanismen, die ein Absacken der Kaufkraft verhindern. Die automatische Lohnanpassung an die Inflation ist deshalb besonders in der aktuellen Zeit von großer Bedeutung. Nicht die Löhne treiben die Preise in die Höhe, vielmehr hinkt die Lohnentwicklung weit hinter der Preisentwicklung her.

déi gréng werden:

- das Indexsystem, der automatischen Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten an die generelle Preisentwicklung wieder einführen.

10. Instrumente der Beschäftigungspolitik

Die Arbeitsmarktverwaltung Luxemburgs hat noch immer viele Schwächen. Zudem müssen die zahllosen Beschäftigungsinitiativen auf ihre Wirksamkeit überprüft und eventuell angepasst werden.

déi gréng werden:

- die Instrumente der Beschäftigungspolitik neu definieren. Weg von der bisherigen Politik der Arbeitsmarktverwaltung, hin zu einer aktiven und individuellen Begleitung der Arbeitssuchenden.

- die Sozialpartner beim Aufbau neuer Sozialmodelle, die Beschäftigung fördern, unterstützen.

Für déi gréng ist Arbeit nicht auf reine Lohnabhängigkeit und das BIP zu reduzieren.

déi gréng werden:

- deshalb den Begriff „Arbeit“ neu definieren und dessen Tragweite ausdehnen. Auch außerhalb der freien Wirtschaft gibt es Beschäftigungsmöglichkeiten.
- die Entwicklung der Sozial- und Solidarwirtschaft weiter fördern.

11. Arbeitsbedingungen und Lohnpolitik

déi gréng sind prinzipiell dafür, dass die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben in Tarifautonomie zwischen den Arbeitgebern, den Arbeitnehmern und deren Gewerkschaften ausgehandelt werden. Es ist leider festzustellen, dass es für die Arbeitnehmerorganisationen im Zuge der Globalisierung und des Strukturwandels in den Betrieben immer schwerer wird, den primären Umverteilungsprozess der erwirtschafteten Profite ausgeglichen zu gestalten. Die Tarifparteien stehen einerseits vor der Herausforderung, immer mehr Bereiche regeln zu müssen, andererseits gelten für immer weniger Beschäftigte Kollektivverträge. Die Betriebe werden zudem immer kleiner und es wird zunehmend schwieriger, nationale Regelungen zu finden.

déi gréng werden:

- dafür sorgen, dass in allen Betrieben und den Wirtschaftszweigen die Rahmenbedingungen für Arbeit und Lohn zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und deren Gewerkschaften ausgehandelt werden sich mit aller Konsequenz für ein soziales Europa einsetzen, das Arbeits- und Sozialstandards klaren Vorrang vor den Regeln des freien Wettbewerbs einräumt.

II. Klima-, Energie- und Umweltpolitik:

Chancen erkennen – Gesundheit von Mensch und Natur schützen

Die Ölreserven gehen zur Neige. Erdöl und andere fossile Brennstoffe werden knapp und somit immer teurer. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Klima- und Energiepolitik. Sie muss vielfältigen Anforderungen gerecht werden: einerseits ist klar, dass die Verbrennung von Öl, Kohle und Gas zu Klimawandel und Luftverschmutzung beiträgt, andererseits hat die Verknappung dieser Rohstoffe sehr negative Auswirkungen auf die Wirtschaft, die weitestgehend von fossilen Energieträgern abhängig ist. Darüber hinaus birgt der Wettbewerb um die verbleibenden Ressourcen ein hohes Konfliktpotential auf internationaler Ebene.

Deshalb ist es dringend notwendig, die Abhängigkeit von Öl und Erdgas drastisch zu reduzieren. Der Einsatz von Ressourcen schonenden Technologien dient nicht nur der Umwelt, sondern spart auch Kosten. Wir sind davon überzeugt, dass Luxemburg auch wirtschaftlich zu den Gewinnern zählen wird, wenn es uns gelingt, diesen Ausstieg beherrscht und ohne Zögern anzugehen.

Energiepolitik ist auch Sozialpolitik. Die hohen Energiekosten treffen vor allem die sozial Schwachen. Wir werden sie dabei unterstützen, sich aus der Abhängigkeit vom Erdöl zu befreien.

déi gréng werden:

- die Kompetenzen für Klimaschutz, Energie und Umwelt in einem Ministerium zusammenführen. Dadurch wird eine stärkere Verknüpfung von Umweltpolitik, Energiepolitik und Klimaschutz gefördert und eine bessere Zusammenarbeit der entsprechenden Akteure gewährleistet.
- ein nationales „Klimaschutz-Observatorium“ einrichten, bei dem öffentliche Projekte und Entscheidungen auf ihre Klimarelevanz getestet werden. déi gréng bekennen sich zum Kyoto-Protokoll für Klimaschutz und sehen darin Chancen für die Wirtschaft und zusätzliche Arbeitsplätze. Wir wollen daher ein Maximum von Klimaschutzmaßnahmen im eigenen Land durchführen und den Einkauf von Emissionsrechten von der Einhaltung von sozialen und ökologischen Kriterien im Herkunftsland abhängig machen. Auf EU-Ebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die internationalen Klimaschutzbemühungen offensiv weitergeführt werden.
- die in ,10 Pisten aus der Uelegfal'² beschriebenen Maßnahmen schnellstmöglich umsetzen. Energiesparen und erneuerbare Energien sind dabei unsere Top-Prioritäten, sowohl für Verwaltungen und Betriebe, als auch für die Industrie.
- die möglichen Standorte für umweltfreundliche Anlagen in einem "plan sectoriel" ausweisen und administrative Hürden abbauen, um so den

²

Die ausführliche Dokumentation dazu unter: http://www.greng.lu/cms/index_klima.php?idnews=2302

massiven Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Im Bereich erneuerbare Energien bieten nationale und regionale Projekte große Chancen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Diese gilt es konsequent zu nutzen.

- den schrittweisen Ausstieg aus dem Tanktourismus vorantreiben. Dieser Ausstieg steht nicht allein aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch wegen der absehbaren europäischen Steuerharmonisierung auf der Tagesordnung. Die dadurch fehlenden staatlichen Einnahmen machen eine ökologische Steuerreform unabdingbar.
- eine Kerosinsteuer einführen sowie dazu beitragen, den Transitverkehr auf EU-Ebene zu reduzieren.

Die Umweltpolitik wird stark von Klima- und Energiefragen geprägt. Jedoch zeigt sich immer deutlicher, dass sie auch direkten Einfluss auf die Gesundheit hat: Schutz vor Umweltgiften im Haus, hohe Luftqualität, hochwertige Lebensmittel ohne Gentechnik, Lärmschutz, Gewässer- und Trinkwasserschutz sind nur einige der Themen, die in dieser Hinsicht relevant sind. Unser Standpunkt ist klar: Die Politik muss handeln, damit die Belastungsgrenzen für Mensch und Natur nicht überschritten werden.

Umweltpolitik ist jedoch auch auf ein modernes Umweltrecht angewiesen. In Luxemburg besteht zwar ein Umweltgesetzbuch, es reiht jedoch nur Gesetzestexte aneinander, ohne sie zu kodifizieren. Ferner besteht auch bei den Umweltrechtsprinzipien Nachholbedarf. Wurde das Recht auf eine gesunde Umwelt im Jahre 2003 in der Verfassung verankert, so fehlt in Luxemburg bisher eine Umweltrechts-Charta, welche den bedeutenden umweltrechtlichen Prinzipien einen verfassungsrechtlichen Rang gibt.

déi gréng werden:

- eine präventive Umweltpolitik fördern. Ausschlaggebend für unsere Entscheidungen über den Einsatz neuer Technologien ist dabei immer der Schutz des Menschen und der Natur.
- bei öffentlichen Ausschreibungen dem Kriterium Gesundheits- und Umweltschutz eine wesentlich höhere Bedeutung beimessen.
- alle öffentlichen Verwaltungen, Gebäude und Einrichtungen auf ihren Umwelt-, Gesundheits- und Klima-Impakt untersuchen und auf den neuesten Stand von Umwelttechniken und Baubiologie bringen (z.B. Gebäudehülle, Energieversorgung, Fuhrpark), damit der Staat seiner Vorbildfunktion gerecht werden kann.
- die Schülerinnen und Schüler im Rahmen einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (z.B. fächerübergreifender Projektunterricht) für die Belange des Umweltschutzes, Klimaschutzes und der Solidarität mit anderen Menschen sensibilisieren und dazu motivieren, ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

- weiterhin konsequent gegen die Atomenergie vorgehen: Für déi gréng bleibt die Atomenergie ein gefährlicher Irrweg und ist keine Lösung für die Klimaproblematik.
- die Abfallwirtschaft nach den Kriterien der Ressourcenschonung und des Energiesparens neu ausrichten. Oberstes Gebot sollte dabei stets sein, die entstehenden Umweltbelastungen möglichst gering zu halten.
- die ökologischen Mindeststandards bei Betriebsgenehmigungen weiter auf einem hohen Niveau halten. Die beste Umwelttechnik ist nicht nur für die umliegende Bevölkerung, sondern mittelfristig auch für den Betrieb selbst von Vorteil.
- gegen die zunehmende Lärmbelastung kämpfen. Lärm ist ein Stressfaktor, Lärmschutz ist Gesundheitsschutz. Daher legen wir einen hohen Wert auf Maßnahmen zur Lärmvermeidung und zum Lärmschutz. Eine Lockerung des Nachtflugverbotes am Flughafen Findel kommt deshalb für déi gréng nicht in Frage.
- werden im Rahmen der Umsetzung von nationalen Luftreinhalteplänen eine Verbesserung der Luftqualität – vor allem bei Stickoxiden, Benzol, Ozon, Feinstaub und VOC- herbeiführen. déi gréng sind der Garant für eine kohärente Gesamtpolitik für eine saubere Luft und werden dazu mit positiven Programmen auf mehreren Ebenen vorgehen: Industrieanlagen, Kleinf Feuerungsanlagen, Luftfahrt und Straßenverkehr.
- der erhöhten Luftbelastung, vor allem durch den Individualtransport in den Städten, durch unsere bessere und konsequentere Transportpolitik entgegenzutreten.
- werden die Forschung sowie die Instrumente und Programme zur präventiven Vermeidung und Kontrolle von Innenraumbelastungen in Privathaushalten und öffentlichen Gebäuden und Schulen stärker unterstützen und ausbauen. In den vergangenen Jahren wurde deutlich, dass die Innenraumbelastung oftmals viel höher und Gesundheit gefährdender sein kann als die Außenluft.
- die Umweltverwaltung reformieren. Nur durch fachübergreifendes Handeln und Einbeziehung der gesundheitlichen Aspekte wird es möglich sein, adäquate Lösungen für die komplexen Sachverhalte eines integrierten Umwelt- und Gesundheitsschutzes zu finden. In diesem Sinne werden déi gréng sich für eine konsequente Umsetzung und Verschärfung der „REACH-Chemikalienrichtlinie“ einsetzen.
- das Umweltrecht kodifizieren. Nur ein übersichtliches Umweltrecht ist ein anwendbares Umweltrecht. Wir werden eine Umweltrecht-Charta ausarbeiten. Wie in den meisten westlichen Demokratien sollen auch in Luxemburg die großen umweltrechtlichen Prinzipien einen verfassungsrechtlichen Wert erhalten.

III. Landwirtschaft und Naturschutz

Die Landwirtschaft ist zur Sicherung unserer Ernährung unabdingbar. Leider hat die bisherige Landwirtschaftspolitik noch nicht zu einer ökologisch wirklich nachhaltigen und sozial gerechten Landbewirtschaftung geführt. Die Industrialisierung hat die Lebensmittelproduktion voll erfasst, mit dramatischen Konsequenzen für die Lebensmittelqualität, die Umwelt und die sozial-ökonomische Situation vieler Bäuerinnen und Bauern. Somit brauchen wir eine neue „Agrarkultur“, welche wieder ein engeres, verantwortliches Verhältnis zwischen den Menschen, die im städtischen Raum leben, und den Bauern und Bäuerinnen auf dem Land herstellt. Die Landwirtschaft soll auch energie- und klimapolitische Verantwortung übernehmen. Die Energieverschwendung in diesem Sektor muss reduziert werden. Als einziger Wirtschaftszweig, der die Urproduktion über die Sonne nutzt, ist die Landwirtschaft in der Lage, ihren Beitrag zu einer optimalen, nachhaltigen Nutzung unserer natürlichen Ressourcen zu leisten. Wichtig ist auch, dass die Landwirtschaft der Zukunft nicht nur auf Kosten der Dritten Welt funktioniert. Als Leitbild für die gesamte Agrarpolitik sollte die biologische Landwirtschaft dienen. Sie leistet bereits einen wesentlichen und richtungweisenden Beitrag für eine zukünftige Landwirtschaft und sollte entsprechend gefördert werden.

1. Landwirtschaft und Ernährung

Eine ökologisch orientierte, nachhaltige und sozial gerechte Landwirtschaft ist die Voraussetzung dafür, dass die Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen und gesunden Lebensmitteln versorgt werden kann. Sie ist somit ein zentrales Instrument eines möglichst breiten und wirksamen Verbraucherschutzes.

déi gréng werden:

- sich für eine regionale Produktion in der Landwirtschaft einsetzen, in der sowohl die natürlichen Produktionsgrundlagen wie Boden, Wasser und Luft, als auch die regionalen Nahrungs-, Futtermittel-, verstärkt werden.
- Sensibilisierungskampagnen zur Förderung einer ausgewogenen Ernährung durchführen und eine nachhaltige Produktion unserer Lebensmittel in Politik und Öffentlichkeit thematisieren.
- in allen öffentlichen Einrichtungen gesunde Speisen aus hochwertigen Produkten anbieten. Dies gilt ganz besonders für die öffentliche Kinderbetreuung.
- dem Einsatz von Gentechnologie in der Landwirtschaft und in der Nahrungsmittelproduktion eine klare Absage erteilen.
- den Einsatz von Umwelt und Gesundheit schädigenden Substanzen wie chemisch-synthetischen Pestiziden und Düngemitteln durch die Landwirte zurückdrängen und wo immer möglich durch naturverträgliche Alternativen ersetzen.

- die Trinkwasserquellen schützen durch die Ausweisung von Trinkwasserschutzzonen und die Erstellung von Nutzungskriterien dieser Flächen im Einklang mit einer extensiven Landwirtschaft.
- eine nachhaltige Energieproduktion in der Landwirtschaft auch weiterhin unterstützen und ausbauen. Diese ist der natürlichen Biokapazität angepasst und Stoff sowie Ressourcen schonend optimiert.
- der Forstwirtschaft strukturell und logistisch unter die Arme greifen und sie beim Aufbau einer holzbasierten nachhaltigen Energieversorgung unterstützen.
- in Luxemburg einen legalen Rahmen für das Kleingärtnertum schaffen.

2. Naturschutz

Die Geschwindigkeit, mit der weltweit das Artensterben fortschreitet, ist besorgniserregend. Auch in Luxemburg sind immer mehr Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht, weil ihre Lebensräume durch Bebauung, intensive Landwirtschaft, Verschmutzungen usw. zerstört werden. Dieses Artensterben ist nicht nur aus Gründen der Ethik verwerflich. Es führt auch dazu, dass wertvolle natürliche und genetische Ressourcen verloren gehen. Dieser Verlust hat unmittelbaren Einfluss auf die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen unserer Gesellschaft. Natur- und Landschaftsschutz ist somit auch eine Kulturaufgabe.

déi gréng werden:

- zum Erhalt der Artenvielfalt spezifische Nutzungskriterien für die genutzten offenen und bebauten Landschaften erstellen. Wir möchten auf diesen Flächen eine Nutzung gewährleisten, bei der sowohl der Artenschutz, als auch die Interessen einer zukunftsorientierten Landwirtschaft berücksichtigt werden. Dafür wird es eine staatliche Förderung geben.
- Interessenkonflikte im Dialog mit allen Beteiligten zu schlichten versuchen.
- einen dezentral organisierten Naturschutz aufbauen, bei dem auch die Gemeinden und die lokalen Akteure, wie Natur- und Umweltschutzvereine, Maßnahmen zur Förderung des naturnahen Grüns und somit der Biodiversität im Siedlungsraum unterstützen. Unsere Flächen werden zunehmend urban genutzt. Für déi gréng muss die Bebauung im Respekt mit der Natur und dem Landschaftsschutz erfolgen.
- die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe anhalten, ihren Verbrauch an chemisch-synthetischen Pestiziden und Düngemitteln zu senken und soweit wie möglich durch naturverträgliche Alternativen zu ersetzen.
- konsequent für besseren Wasser- und Gewässerschutz eintreten. Wir fördern einen respektvollen und sparsamen Umgang mit unseren Wasserressourcen

und werden das biologische Gleichgewicht unserer Gewässer wieder herstellen. Wasser ist keine Ware, sondern eine essentielle Lebensgrundlage.

3. Tierschutz

Tiere sind leidensfähige Lebewesen, deren Bedürfnisse zu respektieren sind. Die Ausbeutung von Tieren in der Massentierhaltung, die Misshandlung bei Tiertransporten oder Tierversuchen ist grundsätzlich zu verbieten. Tierversuche sind durch alternative Methoden zu ersetzen. Das Klonen und die genetische Manipulationen von Tieren bleiben verboten. déi gréng sind und bleiben politisch die treibende Kraft im Kampf um mehr Rechte für die Tiere.

déi gréng werden:

- das Tierschutzgesetz reformieren sowie die artgerechte Tierhaltung und den respektvollen Umgang mit Tieren strenger kontrollieren.
- die Jagdgesetzgebung anpassen und den weiteren Forderungen der Natur- und Tierschützer bezüglich der Reform des Jagdgesetzes Rechnung tragen. Folgende Punkte sind dabei entscheidend: keine Korrumpierung zur Anlockung des Wildes, geschulte und unabhängige Jagdkontrolleure und Schaffung eines „Conseil supérieur de la chasse“, der ausgewogen zusammengesetzt ist und in dem Tier- und Naturschützer vertreten sind.

IV. Bessere Raumplanung und Mobilität

Durch die wirtschaftliche Dynamik des Landes ist unser materieller Wohlstand in den vergangenen zwanzig Jahren erheblich gewachsen. Doch Luxemburg hat wie kein anderes Land in der EU, große Schwierigkeiten, dieses Wachstum landesplanerisch zu steuern. Aufgrund neu geschaffener Arbeitsplätze steigt die Zahl der Pendler aus Belgien, Frankreich und Deutschland jedes Jahr um mehrere Tausend an. Da es in Luxemburg in den vergangenen Jahrzehnten keine engagierte Landesplanungspolitik gab, haben sich unsere Mobilitätsprobleme enorm verschärft. Weiteres Wachstum wird nur dann zu weiterem Wohlstand führen, wenn wir es nachhaltig zu gestalten wissen. Dazu müssen andere Transportmöglichkeiten und neuer, bezahlbarer und nach ökologischen Kriterien erschlossener Wohnraum geschaffen werden.

déi gréng werden:

- die Verkehrs- und Landesplanung zum A und O unseres politischen Handelns machen und so die Grundvoraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung, Lebensqualität und Wohlstand der kommenden Generationen schaffen.

1. Verkehrs- und Landesplanung

déi gréng werden:

- ein Ministerium für Raum- und Verkehrsplanung mit verbindlichen horizontalen politischen Kompetenzen schaffen.
- dieses Ministerium zur nationalen Koordinierungsstelle für die Mobilitätsfragen der Gemeinden machen. Die Kommunen werden aktiv in ihren Bemühungen für eine neue Mobilität unterstützt.
- den Verkehrsverbund und die nationale Mobilitätszentrale zu Trägern einer nationalen Verkehrsagentur machen, die aktiv und offensiv den Quantensprung im öffentlichen Verkehr und der sanften Mobilität vorbereitet.³
- die Territorialreform⁴ umsetzen, indem prioritär eine verstärkte und flächendeckende regionale Zusammenarbeit angestrebt wird.
- die sektoriellen Pläne in Zusammenarbeit mit den Kommunen und der Zivilgesellschaft mit konkreten Inhalten füllen⁵.

³ Der Verkehrsverbund ist eine öffentliche Institution, die dem Transportministerium untersteht. Dieses Organ ist direkter Berater des Transportministers und hat die Aufgabe, die Koordination des öffentlichen Transports zu verbessern. Mitglieder im „Verkéiersverbund“ sind: AVL, SNCFL, FLEAA, der „régime général des Transports Routiers“ des Transportministeriums und der TICE.

⁴ Im April 2005 präsentierte das Innenministerium sein „Concept intégratif pour une réforme territoriale et administrative du Grand-Duché de Luxembourg“ mit dem Ziel, die öffentlichen Verwaltungen und territorialen Strukturen von Staat und Gemeinden an die Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Im Juli 2008 fand die parlamentarische Orientierungsdebatte zum Thema statt und hielt eine Reihe von Vorschlägen fest

⁵ Raumplanerisches Instrument, das im „Programme Directeur“ vorgesehen ist und die nationalen Ziele für die Entwicklung eines bestimmten Sektors präzisiert: die „primären“ sektoriellen Leitpläne zu den Themen Verkehr, Wohnungsbau, große Wald- und Landschaftsflächen und Gewerbeflächen sind in Ausarbeitung. Es

- einen nationalen Aktionsplan schaffen, der dem quantitativen und qualitativen Ausbau der öffentlichen Transportmittel und der sanften Mobilität (Fußgänger, Fahrrad) absoluten Vorrang gegenüber dem Individualverkehr gibt.
- den Ausbau der klassischen Schienenverbindungen durchsetzen und durch einen mehrjährigen Investitionsplan finanziell kurz- bis mittelfristig absichern. Gleiches gilt für die Stadtbahnen, welche die Anbindung und die Verbindung der drei im IVL⁶ vorgesehenen Wirtschaftszentren (Stadt Luxemburg, Esch/Belval und Nordstadt) gewährleisten.
- den öffentlichen Transport für den Berufs- und Alltagsverkehrs konsequent sowie grenzüberschreitend ausbauen.
- die Bürgerinnen und Bürger als Nutzer dieser Infrastrukturen in neuen, innovativen Gremien mitbestimmen lassen.
- das gesamte nationale Radwegenetz, wie es in dem Gesetz vom 6. Juli 1999 vorgesehen wurde, schaffen und schrittweise erweitern.
- Güterverkehr konsequent auf die Schiene verlegen. Dazu müssen alle nationalen und regionalen Aktivitätszonen an das Schienennetz angebunden werden bzw. dementsprechend geplant werden. Auf EU-Ebene treten wir für eine LKW-Maut ein.
- den Verkehrsfluss auf den Hauptverkehrsachsen durch ein intelligentes Leitsystem und durch Geschwindigkeitsanpassungen verbessern und die Führerscheinkurse durch eine praktische Ausbildung für Sprit sparende Fahrweise ergänzen.
- die Leidtragenden von Verkehrsunfällen durch spezielle Broschüren und individuelle Beratung besser über ihre Rechte und die rechtlichen Prozeduren informieren. Die Versicherungsleistungen sind auf die indirekten Folgeschäden auszudehnen. Eine Charta für Verkehrssicherheit, in der alle Formen der Mobilität berücksichtigt werden, wird erstellt und umgesetzt.
- den nationalen Anbietern von öffentlichen Transportleistungen die Möglichkeiten geben, um im Rahmen der EU-Richtlinien dem internationalen Wettbewerb zu begegnen.

2. Starke Gemeinden

Die zukünftige Entwicklung des Landes hängt vor allem von den Gemeinden ab. Immer neue Aufgabenfelder werden an die Gemeinden übertragen bzw. in Zukunft auf sie zukommen. Zu nennen sind hier insbesondere die Einführung der Früherziehung und der „Maisons relais“, die Umsetzung des IVL-Konzepts, die

bestehen bereits drei „sekundäre“ sektorische Leitpläne: Lyzeen, Bauschuttdeponien und Mobilfunk-Basisstationen.

⁶ Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept für Luxemburg

neuen Anforderungen an die Mobilität, Aufgaben im Bereich des Wohnungsbaus, des Klimaschutzes und die zukünftige Energiepolitik.

Die Gemeinden funktionieren in der Regel aber immer noch auf Basis von Gesetzen und Strukturen, die vor über hundert Jahren entstanden sind. Auch das Finanzierungssystem der Gemeinden wurde nicht an die neuen kommunalen Aufgaben angepasst. Die finanzielle Situation der Kommunen ist somit sehr unterschiedlich und die Unterstützung vom Staat reicht bei weitem nicht aus, diese Unterschiede zu kompensieren und jeder Bürgerin und jedem Bürger des Landes die gleichen, qualitativ hochwertigen Dienste anzubieten. So besteht im Bereich der Lebensverhältnisse das Risiko eines Zwei-Klassen-Systems in den Gemeinden.

Die rezente Debatte über die Territorialreform und die Modernisierung der administrativen Strukturen beschränkte sich vor allem auf langfristige Maßnahmen. Die Gemeinden benötigen mehr Spielraum, müssen schnell Entscheidungen treffen können und brauchen vor allem kompetente Ansprechpartner auf Regierungsebene. Die nicht mehr zeitgemäßen Strukturen des Innenministeriums, komplexe Verwaltungsabläufe auf Staatsebene, mangelnde Koordination zwischen verschiedenen Ministerien und das latente Misstrauen, das zwischen den Gemeinden und ihrem „Ministère de tutelle“ herrscht, verhindern, dass die Gemeinden ihre Aufgaben aktiv und dynamisch in Angriff nehmen.

déi gréng werden:

- einen gesetzlichen Rahmen für die Umsetzung des IVL-Konzepts und der Territorialreform schaffen.
- die sechs Regionalpläne, die im Landesplanungsgesetz vorgesehen sind, zusammen mit den Gemeinden ausarbeiten. Einige Kompetenzen werden in Zukunft auf die Regionalebene verlegt: Es werden regionale Syndikate eingeführt, denen der Staat die nötigen finanziellen Mittel und Humanressourcen zur Verfügung stellt.
- die politische Freistellung der Mandatsträgerinnen und -träger erweitern und die Professionalisierung des Bürgermeisterinnen- und Bürgermeister-Postens in die Wege leiten.
- eine politische Fortbildung der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger einführen.
- regionale Beratungsstrukturen für die Gemeinden (im Bereich der Landesplanung, der Bautenpolitik ...) aufbauen.
- den Gemeinden die rechtlichen Instrumente zur Verfügung stellen, damit sie stärker im Bereich der Förderung erneuerbarer Energien aktiv werden können.
- eine Karte und ein Programm zur Förderung von freiwilligen Gemeindefusionen aufstellen.
- eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzen umsetzen mit dem Ziel, die Verteilungsmechanismen der öffentlichen Gelder zwischen Staat und

Gemeinden gerechter und transparenter zu gestalten. Ein Regionalfonds wird die Umsetzung jener Projekte und Missionen finanzieren, die auf die Regionalebene verlagert werden. Die Übertragung neuer Aufgaben muss an eine substantielle Erhöhung der finanziellen Zuwendungen geknüpft werden.

- auf Basis eines Audits der Strukturen, sowie der organisatorischen und administrativen Abläufe des Innenministeriums einen Aktionsplan aufstellen, um die administrativen Prozeduren für die Gemeinden zu vereinfachen.
- ein modernes und effizientes Angebot an Hilfsleistungen auf Gemeindeebene oder regionaler Ebene einführen. Angestrebt wird dabei ein transparentes, unbürokratisches und schnelles Handeln. Die aktuellen Sozialämter werden in diesem Sinne reformiert und die Gemeindeverwaltungen werden dabei stärker eingebunden und übernehmen mehr Verantwortung.
- dezentralisierte "Guichets uniques" einführen, welche mit den einzelnen Staatsverwaltungen vernetzt sind, damit alle Bürgerinnen und Bürger schnell und einfach Zugang zu Informationen und Dienstleistungen bekommen.

3. Wohnungsbaupolitik in Luxemburg

In Luxemburg ist das Bevölkerungswachstum in den letzten beiden Jahrzehnten in einer Periode anhaltend hohen Wirtschaftswachstums stark angestiegen. Seit dem Jahre 1990 hat sich die Bevölkerungszahl um annähernd 100 000 erhöht. Doch das verfügbare Bauland ist sehr begrenzt. Dass Grundstücke für Investoren und Spekulanten interessant wurden, ist daher kaum überraschend.

Es gibt zudem heute quasi keine Haushalte mehr, in denen wie früher drei Generationen unter einem Dach leben. Dementsprechend multipliziert sich der Bedarf an Wohnfläche. Auch durch die hohe Scheidungsrate steigt der Gesamtbedarf an Wohnraum. An innovativen Wohnstrukturen für Senioren mangelt es im ganzen Land, aber auch für Familien mit mehreren Kindern wird es auf dem Wohnungsmarkt immer schwieriger, eine adäquate, bezahlbare Wohnung zu finden. Zudem besteht ein gravierendes Defizit an Sozialwohnungen.

Dieser Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt wurde jahrelang tatenlos zugesehen. Die Folge dieser Passivität ist die Zersiedlung unserer Landschaften, unbezahlbare Bauland- und Wohnraumpreise und die Auswanderung zahlreicher, besonders junger Familien ins nahe Grenzgebiet. Somit werden die zurückzulegenden Distanzen immer größer, die Transportkosten steigen.

déi gréng werden:

- das Recht auf würdiges Wohnen in der Verfassung verankern.
- die Wohnungsbaupolitik zur nationalen Priorität erklären und eine Wohnungsbaupolitik fördern, die zum Ziel hat, dass Staat und Gemeinden zusammen verstärkt in die Schaffung von erschwinglichem Wohnraum sowie sozialen Mietwohnungen investieren.

- im neu geschaffenen Verkehrs- und Raumplanungsministerium Landesplanung, Transport und Wohnungsbau koordiniert umsetzen, um eine nachhaltige Nutzung unseres begrenzten Territoriums zu garantieren.
- eine breite Debatte über den Stellenwert der verschiedenen Wohnformen hierzulande starten, um neue Wohnformen zu diskutieren und alle Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen mit dem Ziel, flächeneffiziente und energieeffiziente Wohnungsbaupolitik zu betreiben.
- eine nationale Wohnungsbaugesellschaft schaffen, die den Gemeinden bei der Schaffung und Verwaltung von Wohnraum Hilfestellungen anbietet. Insbesondere das Vorkaufsrecht, ein sinnvolles und effizientes Werkzeug einer Wohnungsbaupolitik, kann somit zentral, also vom Staat und im Auftrag der Gemeinden, koordiniert ausgeübt werden.
- den Gemeinden den nötigen finanziellen Spielraum garantieren, um im Wohnungsbau aktiv zu werden.
- den Gemeinden durch ein umgeändertes PAG-Gesetz die Möglichkeit geben, punktuelle Probleme im städtischen Bereich zu lösen.
- die staatliche Subventionspolitik überdenken und die Hilfen gezielter bedürftigen Personen zukommen lassen. Da Mieter im Augenblick komplett von den staatlichen finanziellen Hilfen ausgeschlossen sind, werden wir außerdem eine Beihilfe zur Miete für finanzschwache Haushalte schaffen.
- im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus spezifische Fördermaßnahmen für junge Menschen einführen, um auch ihnen die Chance zu geben, in eigenen vier Wänden zu leben.

V. Schul- und Bildungspolitik

1. Schule und Berufsausbildung

Auf ungleiche Ausgangsbedingungen wie soziale oder kulturelle Herkunft, Muttersprache oder Bildungsstand der Eltern wird in der Luxemburger Bildungspolitik nicht genügend eingegangen. Die Erfolgchancen der Kinder in unserem Bildungssystem und in der Berufswelt werden nicht optimal gefördert. Grüne Bildungspolitik hat den Anspruch, allen Kindern eine bestmögliche Ausbildung zu garantieren. So müssen finanzielle und strukturelle Mittel vorrangig in den Schulen eingesetzt werden, in denen die sozialen und kulturellen Benachteiligungen am größten sind.

Gegenseitiger Respekt ist ein Grundstein grüner Bildungspolitik: wir setzen uns ein für ein besseres Verhältnis zwischen Lehrpersonal, Eltern und Schülerinnen und Schülern. Wir werden in der Unterrichtspolitik den gesellschaftlichen Auftrag der Schule betonen. Die Schule muss nicht nur die wichtigsten Grundkenntnisse vermitteln, sondern die Kinder und Jugendlichen auch auf das Leben in einer immer komplexeren Welt vorbereiten: selbständig arbeiten, Zusammenhänge erkennen, Informationen verarbeiten und kritisch hinterfragen, Schlussfolgerungen ziehen – das sind wichtige Fähigkeiten, die nur durch aktives Lernen vermittelt werden können.

Die Schule als Lebensraum, in dem jeder sich wohl fühlt, soll auch offen zur Außenwelt sein, z.B. gegenüber der Dorf- und Stadtgemeinschaft, der Berufswelt, dem natürlichen Umfeld der Schule.

Luxemburg entwickelt sich zu einer Wissensgesellschaft, in der die Qualität und Dauer der Beschäftigung immer direkter vom Schulerfolg abhängt. Die Grünen werden die sterile Trennung zwischen der Schule und der Arbeitswelt durchbrechen und mehr Wert auf eine duale Ausbildung (Abwechslung zwischen theoretischer und praktischer Ausbildung resp. Praktikum) sowie einen ständigen Dialog mit der Arbeitswelt legen. Zudem muss es ein lebenslanges Recht auf Bildung geben.

déi gréng werden:

- Familien mit Kindern möglichst früh unterstützen und Kinder möglichst früh fördern. Frühkindliche Förderung funktioniert außerhalb des schulischen Rahmens: Wir brauchen gute Betreuungsstrukturen für die Kinder und Beratungsstrukturen, welche die Eltern in Erziehungsfragen begleiten und unterstützen können.
- neben den verschiedenen Modellen der Schule das Angebot öffentlicher Ganztagschulen und Betreuungsstrukturen flächendeckend ausbauen. Schule und Betreuungsstruktur sind komplementär und vernetzt.
- Betreuungsstrukturen ähnlich wie die öffentliche Schule organisieren. Sie werden von der öffentlichen Hand (Staat und Gemeinden) gestaltet und kostenlos sein. Beides soll unter der Schirmherrschaft des Unterrichtsministeriums stehen.

- eine Schule für alle Kinder fördern. Deshalb wollen wir die „Éducation différenciée“ in das Schulgesetz integrieren und nicht weiter als zweite Struktur neben der öffentlichen Schule funktionieren lassen. Dies bedeutet jedoch nicht die Abschaffung dieser Sonderschule, sondern eine engere Zusammenarbeit zwischen Regel- und Sonderschule, die auch systematisch in den gleichen Gebäuden stattfinden sollte.
- Schulen klaren Strukturen geben: partizipative Strukturen für alle Partner sowie eine Direktion, die als Gesprächspartner für alle erkennbar ist und verbindlich für Schulqualität bürgen soll.
- in der Primärschule in allen Gemeinden multiprofessionelle und mobile Mannschaften aus ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und Psychologinnen und Psychologen einsetzen. Diese sollen sich gezielt und möglichst früh um Schülerinnen und Schüler mit Verhaltensproblemen und/oder verschiedenartigen Lernproblemen (Dyslexie, Dysphasie, Dyscalculie...) kümmern und diese in Zusammenarbeit und in Absprache mit dem Lehrpersonal mit angepassten Methoden und Programmen unterstützend begleiten.
- vom Prinzip der Orientierung nach der sechsten Klasse in drei getrennte Ausbildungsgänge abrücken. Diese Trennung ist zu früh angesetzt und kaum durchlässig. Die Schule muss allen Kindern gemeinsame Grundlagen und Kompetenzen vermitteln, alle schulpflichtigen Kinder sollen möglichst gemeinsam unterrichtet werden.
- im postprimären Unterricht das Studienangebot nach 1. und 2. Unterrichtssprache ausbauen. In der Primärschule sollen unsere drei offiziellen Sprachen unterrichtet werden, ohne dass Mängel in einer dieser Sprachen automatisch zu einem Schulversagen führen.
- einen gemeinsamen Werteunterricht für alle Kinder einführen, der sowohl den aktuellen Moralunterricht, wie den Religionsunterricht ersetzt.
- den Ausbau der Schulgebäude im postprimären Unterricht konsequent weiterführen. Besonders in den unteren Klassen des postprimären Unterrichts sind die Schülereffektive zu hoch.
- im Dialog mit allen Lehrkräften über neue Lehrformen diskutieren und eine Individualisierung des postprimären Unterrichts unterstützen. Schülerinnen und Schüler haben individuelle Lernformen. Demgegenüber muss ein ausreichendes Angebot an Lehrformen stehen. Nur so kommt man dem Ziel gleicher Chancen für alle näher.
- die schulische Information, Orientierung und Beratung transparenter und effizienter organisieren. Wir setzen uns für die Schaffung einer „Maison de l’Orientation et de la Formation“ ein. Wir verstehen Orientierung als permanente Entwicklung und werden:

- ein Recht auf Orientierung und Begleitung einführen.
 - die zur Verfügung stehenden Kräfte bündeln und eine persönliche Betreuung garantieren.
 - in den verschiedenen Regionen “Maison de l’orientation et de la formation” schaffen, mit einem ganzheitlichen Angebot an Kompetenzbilanzierung, Orientierung und Hilfestellung.
- die Art und Weise, wie wir unsere Schülerinnen und Schüler evaluieren, tiefgreifend reformieren. Da heute schon fast 50 Prozent der in Luxemburg ausgestellten Diplome homologierte Diplome aus ausländischen Schulen sind, müssen wir:
 - konsequent gegen die hohe Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung angehen und werden:
 - in kleinen regionalen Zentren, mit den Strukturen der Regionen, Jugendliche für eine Berufsausbildung fit machen und sie kontinuierlich begleiten.
 - Betriebe, welche Verantwortung für diese Jugendlichen übernehmen, unterstützen.
 - Initiativen der Sozial- und Solidarwirtschaft in dieses Netz einbinden.

2. Universität und Forschung

Auch die Universität Luxemburg hat die gesellschaftliche Aufgabe, in die Menschen zu investieren, ihr Wissen und ihre fachlichen wie auch sozialen Kompetenzen zu fördern. Forschung und Lehre dürfen sich nicht nur auf kurzfristig nutzbare oder finanziell rentable Projekte konzentrieren. Sie müssen sich mit den langfristigen gesellschaftlichen Prioritäten decken und verstärkt unsere multikulturelle und vielsprachige Luxemburger Gesellschaft als zentrales Studienobjekt betrachten.

déi gréng werden:

- den offenkundigen Platzmangel in den zurzeit genutzten Gebäuden durch interne Reorganisation sowie durch neue provisorische Infrastrukturen beheben.
- den akuten Bedarf an günstigen Studentenwohnungen mittelfristig beheben.
- die finanzielle und arbeitsrechtliche Situation der Enseignants-chercheurs absichern und einen staatlichen Missbrauch von befristeten Arbeitsverträgen, ähnlich wie bei den „Chargé-e-s de Cours“, verhindern.
- die Arbeitszeitbegrenzung für Studenten (zehn Stunden/Woche) auf maximal 20 Stunden/Woche ab dem ersten Studienjahr ausweiten.

- beim Aus- und Neubau der Universitäts-Infrastrukturen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung tragen und die nötigen universitätseigenen Strukturen schaffen.
- die Koordinierung zwischen den Forschungszentren (CRP), der Universität, dem nationalen Forschungsfonds (FNR) und dem Erziehungsministerium verbessern; partnerschaftliche Forschung wird die Regel.
- sicherstellen, dass Forscherinnen und Forscher nicht mehr Zeit mit der Suche nach öffentlichen und privaten Finanzierungsquellen verbringen als mit ihrem Forschungsprojekt selbst.
- eine stärkere Berücksichtigung von nicht direkt ökonomisch motivierter Forschung garantieren, d.h. der Grundlagenforschung sowie den Bereichen der Geistes- und Sozialwissenschaften die Forschungsschwerpunkte stärker auf die nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft ausrichten. Grüne Prioritäten sind insbesondere die Bereiche Energieeffizienz- und -produktion, Umwelt- und Gesundheitstechnologien, Materialforschung und Risikofolgeabschätzung.
- die neuen Entwicklungschancen der Stammzellenforschung und der Therapie mit adulten oder embryonalen Stammzellen kritisch aber positiv begleiten, obschon auf diesem Gebiet noch sehr viele wissenschaftliche Unsicherheiten und ethische Fragestellungen weiterbestehen.
- die gesellschaftliche Bildungs- und Lenkungsrolle der Universität Luxemburg stärker fördern: Projekte, Studien und Ergebnisse müssen aktiv und über Expertenkreise hinaus nach außen getragen und vermittelt werden.

VI. Grüne Familienpolitik

Unsere Gesellschaft hat sich fundamental weiterentwickelt und verändert. Neben der klassischen Familie gibt es andere Formen von Lebensgemeinschaften. Oberstes Ziel der Politik muss es sein, jedem Menschen die Möglichkeit zu geben, sein Leben gleichberechtigt nach eigenen Wünschen zu gestalten. Diejenigen, die dies nicht aus eigener Kraft leisten können, sollen dabei vom Staat unterstützt werden.

Jedes fünfte Kind in Luxemburg ist vom Armutsrisiko betroffen. Gleiches gilt für 49 Prozent der Familien mit Alleinerziehenden. Die Gesellschaft steht hier ausdrücklich in der Pflicht: sowohl den Eltern gegenüber, welche die Erziehungsarbeit leisten, als auch den Kindern gegenüber, die ein Recht auf einen guten Start ins Leben haben. Dazu muss jedoch die öffentliche Förderpolitik fundamental überdacht werden.

Der Staat bleibt der Garant des friedlichen, toleranten und würdigen Zusammenlebens aller Menschen. Familienpolitik muss werteneutral eingreifen und tatsächliche Chancengleichheit für alle gewährleisten, damit heute die Zukunft der nächsten Generation vorbereitet werden kann.

1. Familien

Eine Neuorientierung der Familienpolitik weg von rein finanziellen Unterstützungen und hin zu einem umfassenden und effizienten Dienstleistungsangebot für Familien ist notwendig und wird von uns prioritär in Angriff genommen. Dennoch wird es auch weiterhin finanzielle Zuwendungen für einkommensschwache Familien geben.

déi gréng werden:

- eine Neuorientierung der Familien- und Sozialpolitik in die Wege leiten, damit die eigentliche Zielsetzung der Sozialtransfers erreicht wird, nämlich sämtliche Familienformen und Bevölkerungsschichten vor Armut zu schützen.
- kostenlose und in ausreichender Zahl vorhandene Kinderbetreuungsmöglichkeiten mit erweiterten Öffnungszeiten schaffen.
- für Familien konkrete und flexible Beratungsangebote und Hilfestellungen bei der Kindererziehung anbieten.
- die Personaldecke bei den Diensten aufstocken, die in familiären Krisen- und Notsituationen (Tod, Krankheit, Gewalt, starke Verhaltensauffälligkeiten der Kinder) Unterstützung anbieten.
- den „Elternurlaub“ für Väter und Mütter flexibler gestalten, damit er zu einer wirksamen Familienmaßnahme wird, die einerseits den Herausforderungen der Eltern nachkommt, andererseits auch im Einklang mit den Anforderungen des Arbeitgebers bleibt.
- den Anspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern kleiner Kinder verallgemeinern.

2. Kinderrechte und Jugendschutz

Für déi gréng sind die Kinderrechte und der Jugendschutz politisch eine Priorität. Es ist Aufgabe des Staates, jedem Kind eine Erziehung zu garantieren, die alle Bedürfnisse eines heranwachsenden Menschen berücksichtigt. Dazu gehört nicht nur das Recht auf eine gesunde Ernährung, eine gesunde Umwelt und hochwertige Ausbildung. Wichtig ist auch, dass jedes Kind als Individuum seine Lebensplanung im Rahmen seiner Möglichkeiten, Begabungen und Wünsche voll entfalten kann. Kinder und Jugendliche brauchen aber auch Sicherheit, Zuwendung, klare Regeln und Beziehungen, auf die sich verlassen können. In diesem Sinne wollen déi gréng Kinder stark machen, damit sie später Verantwortung über ihr eigenes Leben übernehmen und aktive Bürgerinnen und Bürger werden können.

Obwohl Luxemburg eines der reichsten Länder auf der Welt ist, gibt es bei uns immer noch Kinder und Jugendliche, deren elementarste Bedürfnisse nicht befriedigt sind und für die daher ein gesundes Heranwachsen nicht garantiert ist. Diesen wird es später schwer fallen, Verantwortung für ihr eigenes Leben zu übernehmen. Wir müssen wegkommen von politischen Maßnahmen, die auf solche Notlagen vorwiegend repressiv reagieren und die Eltern, Kinder und Jugendlichen bestrafen, anstatt ihnen zu helfen. déi gréng setzen sich für eine Sozialpolitik ein, die im Bereich des Jugendschutzes und der Jugenddelinquenz auf Verstehen und Akzeptanz setzt.

déi gréng werden:

- sich dafür einsetzen, dass in allen Regionen des Landes kostenfreie Elternschaftskurse, sowohl vor, als auch nach der Geburt angeboten werden.
- eine ehrliche und umfassende Evaluation der bestehenden Politik im Bereich des Jugendschutzes und der Jugenddelinquenz anstoßen. Den verschiedenen Akteuren der Familien- und Sozialpolitik fehlt es dramatisch an Kooperation und Koordination. Auf der Grundlage der Schlussfolgerungen dieser Evaluation werden wir die dringend notwendigen Reformen einleiten.
- sich für eine optimale Koordinierung zwischen den Bereichen der gesundheitlichen Vorsorge, den Kinderkliniken und der Kinder- und Jugend-Psychiatrie einsetzen. Wir brauchen vor allem Frühwarnsysteme, damit Kindern und Jugendlichen, die in Not geraten sind, schnellstmöglich geholfen werden kann.
- die Heimstrukturen und die dazu gehörenden sozialen Dienste müssen besser aufeinander abgestimmt werden, damit Kinder und Jugendliche, die auf eine außerfamiliäre Erziehung angewiesen sind, die gleichen Chancen auf Entwicklung und Ausbildung bekommen.
- die Verfahren des Jugendgerichtes beschleunigen, so dass den in Not geratenen Kindern sofort geholfen wird. Die dem Jugendgericht anhängenden sozialen Dienste und ihren Partnern werden bestmögliche Bedingungen geschaffen, damit sie die Betreuung der Kinder und ihrer Familien optimal gewährleisten können. Die körperliche und seelische Entwicklung des Kindes darf nicht durch Zeitverlust gefährdet werden.

- das „accouchement anonyme“ abschaffen. Jedes Kind hat ein Recht darauf, seine elterliche Herkunft zu kennen.
- die Bereiche "Jugendschutz" und "Jugenddelinquenz" trennen, damit in beiden Bereichen besser und adäquater geholfen werden kann.
- dafür sorgen, dass Jugendlichen in Not schnellere Hilfe angeboten wird und generell mehr und schnell erreichbare Hilfsangebote für sie geschaffen werden. So kann auch der Jugendobdachlosigkeit entgegengewirkt werden.
- "Mediation" als Verfahren der Konfliktlösung bei familiären Krisen, Trennung und Scheidung fördern. Eltern, aber auch Kindern und Jugendlichen soll dadurch die Möglichkeit geboten werden, eigenständig und im gegenseitigen Respekt, soziale Verantwortung zu übernehmen und nach zukunftsorientierten Lösungen zu suchen. Das Verfahren der "Mediation" ermöglicht es jugendlichen Delinquenten, für die Konsequenzen einer Straftat einzustehen.

3. Jugend

Jugendliche in Luxemburg sind weitgehend von gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Sie müssen eine schwierige Übergangsphase von der Schule ins Berufsleben meistern und haben oft nur wenige Freiräume in unserer Gesellschaft. Jugendliche sind eine sehr heterogene Gruppe mit einer kleinen Lobby und verfügen über wenige Möglichkeiten der Einflussnahme. Sie werden daher auch oft bei politischen Entscheidungen übergangen. déi gréng sind der Meinung, dass auf dem Gebiet der Jugendpolitik großer Nachholbedarf besteht. Die angebliche Politikverdrossenheit und die oft sehr schwierige Situation mancher junger Menschen wurden durch eine diskriminatorische Gesetzgebung zur Jugendarbeitslosigkeit weiter verschärft. Die Jugendpolitik der vorigen Regierungen hat die Probleme der Jugendlichen meistens erst zu spät oder gar nicht erkannt. Luxemburg braucht eine engagierte und kritische Jugend, die adäquate Unterstützung von staatlicher Seite erhält. Die Aussage „Die Jugend ist unsere Zukunft“ bleibt allzu oft eine hohle Phrase. déi gréng wollen sich den Herausforderungen einer pluralistischen und nachhaltigen Jugendpolitik stellen.

déi gréng werden:

- eine gezielte Förderung unserer Jugend garantieren. Die Jugend darf zu Recht erwarten, dass die Politik ihre Bedürfnisse erkennt, ihre Ängste ernst nimmt und ihnen dabei hilft, ihren eigenen Weg zu finden. Wir wollen deshalb eine möglichst breite Ausweitung der embryonär vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten. Insbesondere gefördert werden sollen: Jugendkommunalpläne, Jugendgemeinderäte sowie Schüler- und Lehrlingsvertretungen, die mit einem realen Mitspracherecht ausgestattet sind. Verstärkte Partizipation bedeutet allerdings auch einen verbesserten Zugang zu Informationen und insbesondere mehr Verständnis für gesellschaftliche und politische Zusammenhänge. Deshalb schlagen wir neben den bereits bestehenden jugendgerechten Initiativen (Nationales Jugendinformationszentrum, Jugendhäuser usw.) die Schaffung dezentraler,

regionaler Jugendinformationszentren, sowie die Öffnung der Schulen für gesellschaftliche Gruppen vor.

- das Wahlrecht ab 16 Jahren einführen. déi gréng sind der Ansicht, dass junge Menschen ein Recht auf Teilnahme am gesellschaftlichen Leben haben. Durch die Ausweitung des Wahlrechts werden wir jedem Jugendlichen eine aktive Teilnahme und Mitbestimmung auf kommunaler und nationaler Ebene ermöglichen.
- die nationalen Jugendverbände und –organisationen weiter unterstützen. Der Luxemburger Jugend fehlt es an Freiräumen (autonome Jugend-, Kunst- und Sportstätten etc.) Wir werden deshalb das Angebot an Jugendzentren und jugendspezifischen Bildungs- und Freizeitangeboten erweitern.

Besonders Jugendliche und junge Familien sind vom akuten Wohnungsnotstand in Luxemburg betroffen.

déi gréng werden:

- im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus spezifische Fördermaßnahmen für Jugendliche einführen, um auch ihnen die Chance zu geben, in eigenen vier Wänden zu leben.

4. Ein neuer Generationenvertrag

Der Anteil der jungen Leute ist in allen europäischen Ländern rückläufig und der Anteil der älteren Menschen steigt. Dies stellt eine große Herausforderung auch für unser Land dar.

Oft werden alte Menschen nur als Kostenfaktor gesehen und dafür verantwortlich gemacht, dass es eine Haushaltskrise, eine nicht wettbewerbsfähige Wirtschaft oder ein verzögertes Wachstum gibt.

Wir sehen in der demographischen Entwicklung eine Chance, gemeinsam mit allen Altersgruppen die Zukunft zu gestalten.

déi gréng werden:

- sich dafür einsetzen, dass ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt nicht diskriminiert werden.
- Wissensaustausch, Training und Mentoring zwischen Alt und Jung, sowohl im Beruf, als auch außerhalb fördern.
- neue Wohnformen im Alter schaffen, die älteren Menschen ein selbstbestimmtes und würdiges Leben in der Gesellschaft ermöglichen.
- vielfältige und klar geregelte Möglichkeiten von ehrenamtlichem Engagement fördern (ohne dass hierbei normal bezahlte Arbeiten übernommen werden).

- dafür Sorge tragen, dass im Falle von Krankheit und Pflegebedarf sämtliche physischen, sozialen und emotionalen Bedürfnisse des Menschen respektiert werden.
- jedem Menschen die Möglichkeit und das Recht auf würdiges Sterben einräumen; sei es zu Hause, im Pflegeheim oder auf einer Palliativstation.
- regelmäßige Qualitätsprüfungen der Altenheime einführen und die Rechte der Bewohnerinnen und Bewohner durch gewählte Vertretungen stärken.
- Altenhilfe und Unterstützung so gestalten, dass sie allen gesellschaftlichen Gruppen gerecht wird. Es gibt keine Standardlösungen: unterschiedliche kulturelle, religiöse, ethnische und soziale Erfahrungen müssen berücksichtigt werden und Individualität muss bewahrt werden.

5. Personen mit spezifischen Bedürfnissen

Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf Selbstbestimmung und Integration. Sie müssen die Möglichkeit haben, ein selbstständiges Leben zu führen. Behindertenpolitik geht über die Aufhebung von Mobilitätseinschränkungen im öffentlichen Raum hinaus: Sie bezieht sich ebenfalls auf Zugänglichkeit von Informationen oder auf die Möglichkeiten, als Mensch mit Behinderungen am professionellen, kulturellen und sportlichen Leben aktiv teilzunehmen.

déi gréng werden:

- einen behindertenpolitischen Entwicklungsfonds zur Unterstützung von Projekten und Programmen einrichten.
- in enger Zusammenarbeit mit den Behindertenorganisationen und den Gemeinden ein mehrjähriges Förderprogramm ausarbeiten, das Maßnahmen vorsieht, die das öffentliche Leben für Personen mit spezifischen Bedürfnissen zugänglicher machen. Dieses Programm wird ebenfalls finanzielle Mittel für kommunale Konzepte vorsehen.
- sowohl die spezialisierte Schulausbildung („éducation différenciée“) wie auch die Maßnahmen zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit spezifischen Bedürfnissen in die reguläre Schule ausbauen, mit einer Ausweitung der dazu notwendigen Unterstützungsdienste.
- den Bedarf an behindertengerechten Plätzen in Kinderbetreuungsstätten analysieren und ein Programm zur Schaffung solcher Plätze aufstellen.
- Menschen mit Behinderungen die Teilnahme an einer Berufsausbildung und professionellen Weiterbildung garantieren.
- die reelle Integration auf dem regulären Arbeitsmarkt fördern und Aktionsprogramme ausarbeiten, die vermehrt Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor schaffen.

- das Angebot an behindertengerechten betreuten Wohnstrukturen verbessern und ausbauen.

VII. Gesellschaftspolitik

1. Demokratie

Luxemburg weist im 21. Jahrhundert noch immer erhebliche Demokratiedefizite auf. Rund 40 Prozent der Bevölkerung sind vom nationalen Wahlrecht ausgeschlossen, aktive Bürgerbeteiligung ist kaum erwünscht und eine umfassende Information wird nur zögerlich gewährt. Politische Beratung und Verwaltung sind nicht immer getrennt und auch die Ämterhäufung kann in manchen Fällen zu Interessenkonflikten führen. Trotz vieler Ankündigungen hat in Luxemburg der einzelne Bürger noch immer kein allgemeines Recht, Informationen zu erhalten, welche im Besitz der Verwaltungen sind.

Viele staatliche Verwaltungen funktionieren immer noch schwerfällig. Trotz eines „Ministère de la réforme administrative“ hat die aktuelle Regierung nicht genügend Mittel zur Verfügung gestellt, um eine qualitative Verwaltungsreform zu erreichen. Bürgerinnen und Bürger beklagen sich mit Recht über bürokratische und prozedurale Hindernisse.

Um die soziale Kohäsion sicherzustellen, müssen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mehr Rechte eingeräumt werden.

déi gréng werden:

- mehr Demokratie in das Parlament und in die Gemeinderäte bringen und für mehr Effizienz und Transparenz im Staat sorgen.
- bei den Gemeindewahlen alle an die Nationalität gebundenen Einschränkungen im Bereich der politischen Partizipation abschaffen.
- allen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern das nationale Wahlrecht nach einem fünfjährigen Aufenthalt in Luxemburg erteilen.
- alle Einschränkungen betreffend das passive Stimmrecht von EU-Bürgern bei Europawahlen abschaffen.
- politische Beratung und Verwaltung strikt trennen; die politische Neutralität der Verwaltungen muss gewährleistet sein.
- die Zusammensetzung und das Funktionieren des Staatsrates demokratisch und transparent gestalten. Seine Zusammensetzung und die Bestellung seiner Mitglieder werden dahingehend geändert, dass er die wichtigsten gesellschaftlichen Strömungen repräsentiert.
- Verwaltungsprozeduren vereinfachen und beschleunigen. Dort, wo dies notwendig ist, soll es zu Umstrukturierungen und zur personellen Aufstockung von Verwaltungen kommen.

- „Guichets uniques“ für Bürger und Bürgerinnen und Unternehmen flächendeckend einrichten und zur zentralen Anlaufstelle (auch virtuell) sowohl für administrative Vorgänge als auch für eine umfassende Information über Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger machen.
- ein allgemeines Bürgerrecht auf administrative Informationen einführen, mit kurzen Antwortfristen für die Verwaltungen und effektiven Rekursmöglichkeiten bei einer Verweigerung des Zugriffs.

2. Gleichstellung von hetero- und homosexuellen Paaren

In Luxemburg wählen immer mehr heterosexuelle Paare den gemeinsamen Weg einer eingetragenen Lebensgemeinschaft (PACS) statt der klassischen Ehe, obschon letztere immer noch mit klaren juristischen Vorteilen verbunden ist. Über diese Alternativen und die damit verbundene Entscheidungsfreiheit verfügen homosexuelle Paare nicht, da ihnen das Recht, eine gleichgeschlechtliche Ehe einzugehen, verwehrt wird. Die Diskriminierung homosexueller Paare muss schnellstens aufgehoben werden.

déi gréng werden:

- Gleichbehandlung homosexueller Partnerschaften und die Homo-Ehe einführen.
- heterosexuelle, lesbische und schwule Paare, sowie allein lebende Antragsteller sollen bei einem Adoptionsantrag gleichberechtigt behandelt werden.

3. Prostitution

Derzeit wird in Luxemburg das so genannte « schwedische Modell » diskutiert, wobei sich nur die Kunden strafbar machen und nicht die Prostituierten. Nach einer von der schwedischen Regierung in Auftrag gegebenen Studie hat das Gesetz zu einem fast vollständigen Verschwinden des Straßenstrichs geführt. Es existiert aber weiterhin ein von Polizei und Justiz praktisch nicht zu kontrollierendes „Untergrund-Angebot“. Nicht wenige schwedische Männer reisen auch als Sextouristen in die benachbarten baltischen Staaten. Für déi gréng ist es wesentlich, das Problem Prostitution politisch pragmatisch anzugehen, ohne sich dabei von moralischen oder sittlichen Argumenten leiten zu lassen. Außerdem darf Luxemburg die Prostituierten und ihre Kunden nicht in die deutsch-belgisch-französische Grenzregion „abschieben“.

déi gréng werden:

- gegen sämtliche Formen des Frauen- bzw. Menschenhandels angehen und sie kompromisslos bekämpfen. Wir werden deshalb mit den Anrainerstaaten gemeinsam alles unternehmen, um dem Menschenhandel Einhalt zu gebieten und die Prostitution zu reduzieren.

- Lösungswege ausarbeiten, welche die Prostitution zwecks Drogenbeschaffung überflüssig machen.
- Prostituierte, welche diesen Beruf aus freien Stücken gewählt haben und ohne Zuhälter arbeiten, sollen arbeitsrechtlich abgesichert werden. Außerdem sollen sie in den Genuss von Sozialversicherungen und Maßnahmen zum Gesundheitsschutz kommen.
- Programme zur Sexualerziehung ausarbeiten, welche auf dem gegenseitigen Respekt und der Gleichstellung von Männern und Frauen aufbauen.
- Hilfsprogramme zur Unterstützung der Prostitutionsopfer ausarbeiten und konkrete Ausstiegsmöglichkeiten für diejenigen Frauen schaffen, die aus der Prostitution aussteigen wollen.

4. Staat & Kirchen

Zu den fundamentalen Grundfesten unserer pluralistischen und multikulturellen Gesellschaft zählt neben der allgemeinen Meinungs- und Gedankenfreiheit auch die Religionsfreiheit. Darüber hinaus sind déi gréng der Auffassung, dass Religion Privatsache ist.

déi gréng werden:

- eine Verfassungsänderung im Sinne einer Trennung von Kirche und Staat, sowie die Kündigung der aktuellen Konventionen zwischen Staat und Glaubensgemeinschaften anstreben.
- ein gerechteres Finanzierungssystem einführen, das die persönliche Autonomie des Steuerzahlers respektiert, indem es ihn selber bestimmen lässt, ob er eine freiwillige „Weltanschauungssteuer“ an eine Kirche, eine andere Weltanschauung oder eine NGO abgeben möchte oder nicht.

Die derzeitige Unterteilung der Schüler in den katholischen Religionsunterricht und das „Morale-Laique-Sammelbecken“ wird den Anforderungen unserer heutigen pluralistischen Gesellschaft nicht mehr gerecht. Im Interesse der sozialen Kohäsion ist es grundlegend falsch, Kinder aufgrund der Religionszugehörigkeit (ihrer Eltern) gerade bei der Wertevermittlung voneinander zu trennen. Zudem ist Religion in Form von Glaubensbekenntnissen in einer öffentlichen Schule, die Wissen vermitteln soll, fehl am Platz und gehört vielmehr in die Kirche oder in einen privaten Religionsunterricht, der von den Glaubensgemeinschaften für Interessierte angeboten werden kann.

déi gréng werden:

- sich für die Einführung eines einheitlichen, weltanschaulich neutralen und für alle Schüler verbindlichen Werteunterrichts einsetzen, der den heranwachsenden Generationen eine solide, kritische und weltoffene Wertevermittlung bietet.

5. Palliativpflege und aktive Sterbehilfe

Nach der gesetzlichen Verankerung der Palliativmedizin sowie der aktiven Sterbehilfe brauchen wir effiziente Ausführungsbestimmungen für diese neuen Gesetze.

déi gréng werden:

- ärztliche und pflegerische Weiterbildungsprogramme in Sachen Schmerztherapie, Palliativpflege und aktiver Sterbehilfe vergleichbar dem belgischen Modell fördern. déi gréng treten in diesem Sinn auch für eine aktivere Informationspolitik der Bevölkerung in Sachen „Sterbetestament“ („dispositions de fin de vie“) ein.

VIII. Justiz, Immigration, Asyl

1. Justiz und Bürgerrechte

In den vergangenen zehn Jahren konzentrierte sich die Justiz- und Sicherheitspolitik auf die Ausweitung der repressiven Mittel. Doch im Bereich der Transparenz bestehen im Justizbereich allerdings schwere Mängel. Diese einseitige Politik hat die wichtigsten Aufgaben einer wirksamen Sicherheitspolitik in einer liberalen Demokratie vernachlässigt: die Prävention von Straftaten und den Schutz der Bürgerrechte. Straftäter zu überführen ist gut, doch Straftaten zu verhindern ist viel wichtiger. Diese Aufgabe kann nicht allein mit Polizeimitteln erfüllt werden, sondern erfordert erziehungs-, arbeits- und sozialpolitische Methoden.

déi gréng werden:

- die Mittel für Präventionsarbeit auf verschiedenen Ebenen aufstocken.
- die sozialpolitischen Mittel im Strafvollzug und den Erziehungsanstalten verstärken. Mehr Arbeit mit den Inhaftierten und längere (auch materielle) Unterstützung nach der Entlassung schaffen bessere Voraussetzungen gegen Strafrückfälligkeit.
- die Erstellung klarer Statistiken über die Strafrückfälligkeit in Auftrag geben.
- die Zusammenarbeit zwischen Justiz, Strafvollzug und Psychiatrie verbessern, um Behandlung und Gewahrsam von Menschen zu verbessern, die Straftaten begangen haben, ohne strafrechtlich dafür verantwortlich zu sein.
- eine Gesetzgebung schaffen, die die Rechte von Opfern und die notwendigen Leistungen der Gesellschaft klar regelt. Opferschutz ist Bürgerrecht!
- sich dafür einsetzen, dass mit dem Bau eines neuen Untersuchungsgefängnisses die Voraussetzungen geschaffen werden, um Untersuchungshäftlinge und Verurteilte gezielter und angepasster zu betreuen.
- eine seriöse Resozialisierungsarbeit mit den inhaftierten Personen fördern, um diese auf das spätere Leben in Freiheit vorzubereiten.
- dem Strafvollzug die Möglichkeit geben, Personal mit unterschiedlichen Kompetenzen einzustellen. Das Gefängnispersonal darf daher nicht mehr ausschließlich über die Armee-Laufbahn rekrutiert werden.
- dafür Sorge tragen, dass mehr moderne elektronische Kommunikationsmittel in der Justizarbeit eingesetzt werden.
- die Rechtssprechung für jeden öffentlich zugänglich ist. Urteile müssen, unter Berücksichtigung der Auflagen des Datenschutzgesetzes, generell veröffentlicht werden.

- die Schaffung eines „Conseil Supérieur de la Justice“, der nicht nur aus Richtern, sondern auch aus unabhängigen Mitgliedern der Anwaltschaft und der Zivilgesellschaft zusammengesetzt werden soll, aktiv unterstützen.
- der "Inspection générale de la Police" (IGP) zu einem Gremien machen, das völlig unabhängig von der Polizei funktioniert.

Seit dem 11. September 2001 wurden weltweit Gesetze geschaffen, um den so genannten „Kampf gegen den Terrorismus“ zu gewinnen. Der Polizei wurden eine Reihe neuer Instrumente zur Verbrechensbekämpfung zur Verfügung gestellt (Speicherung sämtlicher Verbindungsdaten von Telefon, SMS, Internet, Kameras, ADN-Datenbank, kriminalistische Datenbanken, Zugang zu externen Datenbanken usw.). Diese neuen Regelungen betreffen den Schutz der Privatsphäre und der Bürgerrechte der Bewohner Luxemburgs und ihr Einsatz muss daher sehr sorgsam abgewogen werden.

déi gréng werden:

- sich weiterhin dafür einsetzen, bestehende Gesetze zu überprüfen und gegebenenfalls so umzugestalten, dass Grundrechte und Verbrechensbekämpfung nicht im Widerspruch zueinander stehen.
- eine Sicherheitspolitik fördern, welche die Bürgerrechte stärkt und trotzdem den Kampf gegen die organisierte Kriminalität gewährleistet, ohne dass dabei die Bevölkerung unter Generalverdacht gestellt wird.

2. Immigration, Sprachen- und Asylpolitik

Die Einwohnerzahl der Europäischen Union wird bis zum Jahre 2060 um über 50 Millionen sinken, die aktive Bevölkerung wird schon ab dem Jahre 2017 rückläufig sein. Ohne Immigration ist die wirtschaftliche und sozialpolitische Grundlage der EU in Frage gestellt. Luxemburg zeichnet sich im Bereich der Immigration europaweit durch eine Besonderheit aus: über 40 Prozent der Bevölkerung sind Nicht-Luxemburger. Zudem ziehen jährlich 10.000 bis 12.000 Menschen nach Luxemburg, 7.000 bis 9.000 Menschen verlassen das Land. Migrantinnen und Migranten sind ein dynamischer Teil unserer Wirtschaft: drei von vier neuen Firmen werden von Nicht-Luxemburgern gegründet. Trotzdem bleiben ungelöste Probleme: die schulischen Aussichten für Kinder aus Einwandererfamilien sind unterdurchschnittlich und noch immer ist die Beteiligung der Nicht-Luxemburger am politischen Leben unzureichend.

déi gréng werden:

- sich für eine stärkere Zusammenlegung der ministeriellen Kompetenzen im Bereich der Immigration einsetzen, damit der Prozess von der Immigration bis zur Einbürgerung durch eine kohärente Politik begleitet wird.
- das Schul- und Weiterbildungssystem so ausrichten, dass die Zukunftsperspektiven aller hier lebenden Kinder und Erwachsenen verbessert

werden (siehe Kapitel Schule). Studenten aus Drittstaaten wird der Zugang zu einem Studium in Luxemburg erleichtert.

- die Informations- und Sensibilisierungskampagnen hinsichtlich der Einschreibung von Bürgerinnen und Bürger ohne luxemburgischen Pass in das Wahlregister verstärken und die Ausnahmeregelungen, die Luxemburg Anfang der 90er Jahre bei der Unionsbürgerschaft eingeführt hat, abschaffen.
- das neue Staatsbürgerschaftsgesetz reformieren.

Die luxemburgische Sprache ist ein wesentlicher Integrationsfaktor. Es ist jedoch wenig zielführend, sie hauptsächlich durch die Nationalitätengesetzgebung fördern zu wollen: lediglich 0,5 Prozent der Migrantinnen und Migranten durchlaufen bisher jährlich die Einbürgerungsprozedur. Die übrigen 99,5 Prozent sind vom Nationalitätengesetz nicht betroffen und werden daher auch nicht an die luxemburgische Sprache herangeführt.

déi gréng werden:

- dafür sorgen, dass ausländischen Bürgerinnen und Bürgern gleich bei ihrer Ankunft in Luxemburg bessere Möglichkeiten geschaffen werden, um Luxemburgisch zu lernen.
- einen vom Staat ermöglichten und finanzierten „Sprachurlaub“ einführen.
- unsere Sprachenvielfalt als eine unserer Stärken bewahren. Luxemburgisch ist wichtig – Deutsch und Französisch sind es genauso. Luxemburg braucht seine drei Sprachen.

Ohne eine klare EU-Politik zur Förderung und Regulierung der legalen Immigration aus Drittstaaten wird die Asylproblematik akut bleiben. Die Luxemburger Regierung hat sich bisher jedoch nur wenig für eine solche aktive Einwanderungspolitik eingesetzt. Europäische Direktiven, die das Statut und die Rechte von Asylantragstellern regeln, wurden überdies in Luxemburg nur mit großer Verspätung umgesetzt. Dies offenbarte die Ignoranz gegenüber dem Schicksal der Asylsuchenden.

déi gréng werden:

- eine gemeinsame europäische Asylpolitik im Respekt und auf der Grundlage der Genfer Konvention fördern.
- sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, die Möglichkeiten legaler Immigration aus Drittstaaten auszuweiten, insbesondere mittels des Konzepts der zirkulären Migration. Zirkuläre Migration bedeutet, in Absprache mit Partnerländern eine zeitlich begrenzte Immigration zuzulassen, insbesondere zu Ausbildungszwecken, so dass anschließend die Migrantinnen und Migranten ihre neu erworbenen Fähigkeiten in ihren Herkunftsländern anwenden können. Dadurch kann „brain drain“ verhindert werden.

- das „centre de rétention“ für Asylsuchende mit den nötigen personellen und unfrustrukturellen Mitteln ausstatten. Das Zentrum stellt eine Verbesserung dar, da Menschen, die keine Kriminellen sind, dann nicht mehr im Schrässiger Gefängnis eingesperrt werden. déi gréng werden die Rückführungspolitik jedoch so gestalten, dass sie nach Möglichkeit ohne Rückgriff auf das „centre de rétention“ funktionieren kann. Die Menschenwürde der Asylsuchenden ist unser oberstes Gebot. Kontrollen auf allen Ebenen müssen das belegen und garantieren.

IX. Soziale Sicherheit durch Solidarität

Trotz steigender Mitgliederzahlen und Beitragszahlungen haben die Krankenkassen im Jahre 2007 nur einen knappen Überschuss erwirtschaften können. Den Pensionskassen wird immer wieder von internationalen Institutionen bescheinigt, dass sie in absehbarer Zeit die im europäischen Vergleich sehr hohen Renten nicht mehr zahlen könnten.

1. Prävention, Transparenz und Qualität sind die Voraussetzungen einer effizienten Gesundheitspolitik

Mit der Einführung des einheitlichen Krankenkassenstatuts wurde eine langjährige Forderung von déi gréng erfüllt. Damit die einheitliche Gesundheitskasse die strukturellen und versorgungsspezifischen Ziele erreichen kann, besteht akuter Handlungsbedarf in vielen Bereichen.

a. Die Gesundheit des Versicherten soll im Mittelpunkt der medizinischen Versorgung stehen.

déi gréng werden:

- die Schaffung von multidisziplinären Gemeinschaftspraxen „Maisons de la Santé“ unterstützen.
- eine weit reichende Information über Präventionsprogramme, unterschiedliche Behandlungsmethoden usw. in die Wege leiten.
- die direkte Übernahme der Arzthonorare „Tiers payant“ für Personen einführen, deren Einkommen es ihnen nicht erlaubt, die Kosten einer Arztrechnung vorzustrecken.
- die Überarbeitung der Tarifstruktur einleiten: Neue, teilweise zeitorientierte Tarifmodelle, die sich am Krankheitsbild und einer zeitintensiven Diagnostik orientieren (insbesondere für chronische und langwierige Erkrankungen und Umwelterkrankungen) müssen ausgearbeitet werden. Sinnvolle, nicht-esoterische alternative Behandlungsmethoden (Homöopathie, Orthopädie usw.) und umweltmedizinische Therapien sollen anerkannt und in Anlehnung an die „traditionellen“ schulmedizinischen Methoden gleichfalls von der Gesundheitskasse übernommen werden.
- die Zuzahlungskriterien (convenances personnelles) transparent gestalten.
- Qualitätsstandards in allen Bereichen des Gesundheitswesens einführen: hierzu gehört auch die Erstellung von Behandlungsprofilen, welche auf den Erkenntnissen internationaler Kliniken und Forschungsinstitute basieren.

b. Hausärzte als Begleiter und Berater des Patienten

Hausärzte haben sowohl eine beratende als auch eine überwachende und leitende Funktion.

déi gréng werden:

- alle medizinischen und paramedizinischen Tätigkeiten und Leistungen koordinieren und dem Patienten beratend zur Seite stehen.
- ein Patientendossier anlegen, welches Aufschluss über alle Behandlungen, Eingriffe und Medikationen des Patienten geben soll.

c. Präventionspolitik und Umweltmedizin: zwei wichtige Pfeiler einer effizienten Gesundheitspolitik

Umfassende neue internationale Studien und Forschungsergebnisse zeigen, dass vielfältige negative Umwelteinflüsse (Ernährung, Arbeits- und Wohnumfeld, Luft- und Wasserqualität, Strahlung, Lärm usw.) eine Reihe von chronischen Erkrankungen maßgeblich beeinflussen können. Besonders Asthma und Allergien, Krebs, Diabetes, Unfruchtbarkeit sowie neurologische und neuropsychiatrische Krankheitsbilder werden immer häufiger in Zusammenhang mit solchen negativen Umwelteinflüssen und individuellen Verhaltensweisen gebracht.

déi gréng werden:

- das Vorsorgeprinzip als Priorität der Gesundheitspolitik und einen verbesserten präventiv-orientierten gesundheitlichen Verbraucherschutz stärken. Nur dies wird beim Kampf gegen umweltbedingte chronische Langzeiterkrankungen helfen; globalere Präventionsstrategien (kausale Vermeidung von Krankheiten) fördern. Dies soll auf der Grundlage der medizinischen Daten über den Gesundheitszustand der Patienten, über Medikation und Therapie sowie auf der Grundlage epidemiologischer Dokumentation von Krankheitsbildern und Todesursachen geschehen.
- dafür sorgen, dass weiterhin umwelt-medizinische Weiterbildungskurse für Ärzte angeboten werden.
- ein umweltmedizinisches Institut für Präventionsforschung und umweltmedizinische Betreuung von Umweltpatienten gründen.

Jedes Jahr sterben in Luxemburg 500 bis 600 Menschen an den Folgen des Rauchens. Darunter sind 20 Passivraucher. Ein verbesserter Nichtraucherchutz ist somit dringend notwendig.

déi gréng werden:

- das Antitabakgesetz reformieren, da es aus Sicht des Jugendschutzes kein Erfolg ist. Wir werden ein totales Rauchverbot in allen geschlossenen oder

überdachten öffentlichen Strukturen durchsetzen, das heißt auch in Kneipen und Diskotheken.

- Tabak-Werbung völlig verbieten: die aktuelle Werberegulierung weist zu viele Schlupflöcher aus.
- die Steuern auf Tabakprodukten stark anheben und Zigarettenautomaten verbieten.

d. Spitalwesen: Transparenz, Koordination und zielgerichtetes Handeln

Um die Kostenexplosion im Spitalwesen in den Griff zu bekommen, müssen resultatorientierte Analysen erstellt werden.

déi gréng werden:

- ein Rahmengesetz schaffen, das effiziente und transparente Verwaltungsstrukturen garantiert.
- eine generelle Qualitätskontrolle der Krankenhausleistungen einführen. Alle Krankenhäuser sollen in Zukunft Rechenschaft über die von ihnen erbrachten medizinischen Leistungen ablegen. Diese Berichterstattung wird als Grundlage für Entscheidungen über die Neuanschaffung von medizinischen Geräten und den Ausbau von Krankenhausabteilungen dienen.
- die Patientenrechte stärken und die Informationen über Gesundheitszustand und mögliche Behandlungsformen verbessern.
- die obligatorische Weiterbildung der Ärzteschaft einführen. Eine regelmäßige Supervision wird hohe Qualitätsstandards garantieren.
- die verstärkte Zusammenarbeit mit ausländischen Unikliniken fördern.

e. Psychiatrie

In der Psychiatrie steht grüne Gesundheitspolitik für ursachenorientierte Diagnostik, für Prävention und für Behandlungskonzepte, die das Recht auf Intimität und Selbstachtung der Patienten wahren und einer Ausgrenzung entgegenwirken.

déi gréng werden:

- ein wissenschaftliches Beratungsgremium einsetzen, das die Dezentralisierungsreform begleitet und Leitlinien für Behandlungstherapien ausarbeitet.
- die Behandlung und Begleitung in offenen Strukturen verstärken und die Mitentscheidungsrechte der Patienten im Bereich der Psychiatrie stärken.

- die Zusammenarbeit zwischen der Akutpsychiatrie und den dezentralen Strukturen verbessern.
- psychotherapeutische und soziale Therapieangebote, die weniger auf die Verabreichung von Medikamenten setzen, ausbauen.
- ein Ombudsgremium für den psychiatrischen Bereich schaffen.
- die Reform des CHNP weiterführen, die Infrastrukturen modernisieren und das Building-Gebäude abreißen lassen.

f. Gleichberechtigter Zugang aller Pflegebedürftigen zu qualitativ hochwertigen Leistungen der Pflegeversicherung

déi gréng werden:

- einen sektoriellen Pflegebettenplan erstellen, damit in allen Regionen des Landes genügend Pflegebetten bereitstehen.
- alternative Wohn- und Pflegestrukturen (Alterswohngemeinschaften, Dreigenerationenhäuser, Seniorenresidenzen usw.) für ältere und pflegebedürftige Menschen staatlich fördern, um den Übergang von der Pflege in den eigenen vier Wänden zu den Pflegeheimen fließender zu gestalten.
- die z.T. sehr unterschiedlichen Unterbringungskosten in den Alters- und Pflegeheimen einer genauen Kostenanalyse unterziehen und anpassen.

g. Das Gesundheitswesen muss demokratisiert werden

déi gréng werden:

- eine Plattform für die im Kranken- und Pflegebereich aktiven Organisationen schaffen, welche gleichberechtigt mit Patronat und Gewerkschaften in allen nationalen Gremien des Gesundheitswesens vertreten ist. Nur auf diese Weise können die Betroffenen sich Gehör verschaffen und ihre legitimen Forderungen in den maßgeblichen Gremien vorbringen.

h. Notdienste

déi gréng werden:

- mit der Schaffung von regionalen und teilweise professionell geführten Interventionszentren die Reform der Notdienste ausweiten und durch die Professionalisierung der Ambulanznotdienste optimieren.

2. Das luxemburgische Rentenmodell absichern

Die Regierung hat es versäumt, die dringend notwendigen Reformen für eine langfristige Absicherung des öffentlichen Rentensystems einzuleiten. Dabei geht es nicht nur um eine finanzielle Absicherung, sondern vorrangig auch um eine grundsätzliche Reform des luxemburgischen Rentensystems, das an die gesellschaftliche Realität des 21. Jahrhunderts angepasst werden muss. Das obligatorische öffentliche Rentenversicherungssystem, basierend auf dem Solidaritätsprinzip des Umlageverfahrens, ist ein garantiertes Recht auf eine für alle zugängliche Rentensicherung. Es muss die Hauptsäule der luxemburgischen Altersvorsorge bleiben.

a. Ein sicheres öffentliches Rentensystem

Zur Absicherung des öffentlichen Rentensystems und dessen Leistungsniveaus sind neue Finanzierungsquellen nötig. Derzeit tragen die Arbeitnehmerseite, die Arbeitgeberseite und der Staat zu gleichen Teilen zur Rentenfinanzierung bei. Arbeitsintensive Betriebe werden damit gegenüber kapitalintensiven Unternehmen benachteiligt. Deshalb sollte die Einführung einer so genannten „Bruttowertschöpfungssteuer“ für Betriebe in Erwägung gezogen werden. Auch eine Ökosteuer, bzw. der Ökobonus kann einen Beitrag zur Finanzierung des Rentenversicherungssystems darstellen.

déi gréng werden:

- eine offene und ehrliche Debatte über eine langfristige Absicherung des öffentlichen Rentensystems anstoßen und die notwendigen Reformen einleiten.
- die Rentenreserven auf hohem Niveau halten und effizient verwalten.

b. Eigener Rentenanspruch für alle

déi gréng werden:

- einen eigenständigen, individuellen Rentenanspruch für jeden Menschen einführen. Dieses Modell kommt insbesondere Frauen zugute, da nach wie vor viele von ihnen (aber auch zunehmend Männer) nur zeitweise berufstätig sind oder waren und daher keine ausreichenden eigenen Pensionsrechte aufgebaut haben.
- auf die Einführung einer obligatorischen Rentenversicherung für jeden hinarbeiten und kurzfristig das sozialrechtlich verankerte „Splitting“ der Rentenrechte verwirklichen, um Härtefälle zu vermeiden.

c. Rentenalter

déi gréng werden:

- statt einer Erhöhung des derzeitigen legalen Rentenalters (65 Jahre) flexible Modelle, die den sanften Einstieg in die Rente ermöglichen, einführen.

d. Invalidität

déi gréng werden:

- die legale Basis und vor allem die Praxis der Zuerkennung sowie die Reklassierungsmodalitäten der Invalidität einer genauen Analyse unterwerfen, mit den Sozialpartnern besprechen und einen Maßnahmenkatalog mit konkreten Verbesserungen ausarbeiten.

3. Suchtprävention und Drogenpolitik

Die Zahl der Drogenabhängigen und Konsumenten illegaler Substanzen in Luxemburg ist weiterhin ausgesprochen hoch.

Die finanziellen Mittel des Gesundheitsministeriums für die Drogenpolitik haben sich im vergangenen Jahrzehnt mehr als verdreifacht: die Gelder fließen zu einem bedeutenden Teil in die Schadensminimierung, sprich die Betreuung und Therapie von Schwerstabhängigen. Dies ist sicher positiv und notwendig, allerdings fließen anderen wichtigen Bereichen wie der Ursachenbekämpfung, der Prävention und der langfristigen Nachbetreuung von Therapierten noch immer nicht genug finanzielle Mittel zu. Deshalb muss Suchtprävention verstärkt als gesellschaftliche Aufgabe an Bedeutung gewinnen, vor allem seit man erkannt hat, dass die Suchtkrankheit nicht nur das Problem einer Minderheit ist, sondern vermehrt in allen sozialen Schichten und nahezu in allen gesellschaftlichen Bereichen vorkommt. Die damit verbundene Abhängigkeit löst großes menschliches Leid aus und verursacht nicht zuletzt auch beträchtliche volkswirtschaftliche Kosten.

Abhängigkeit bzw. exzessiver Konsum beschränken sich nicht mehr nur auf illegale Drogen, sondern umfassen auch Alkohol und Tabak, Spiel-, Ess-, Medikamenten-Kauf und weitere Arten von Sucht. Suchtverhalten ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das nicht mit einfachen oder repressiven Maßnahmen zu beheben ist. Grüne Drogenpolitik fußt auf drei Säulen: Prävention, Schadensminimierung und Sanktionen. Präventionspolitik wird jedoch absoluten Vorrang erhalten.

déi gréng werden:

- die Hilfsmaßnahmen für Drogenabhängige weiter diversifizieren und ausbauen.
- Kohärenz und klare Regeln im Umgang mit psychoaktiven Substanzen – sowohl illegale Drogen, wie Alkohol und Tabak – schaffen. Denn eine

verständliche Reglementierung ist ein wichtiger Bestandteil einer effektiven Präventionsarbeit. Im Sinne einer glaubwürdigen und ehrlichen Drogenpolitik muss die Betrachtungsweise geändert werden: von einer naiven Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Drogen hin zu einer Klassifizierung nach Menge und Schädlichkeit der Substanz. Der Kinder- und Jugendschutz wird dabei oberstes Ziel sein und verstärkt werden. Dieser langfristige Prozess muss allerdings im internationalen Kontext geschehen und kann nicht von Luxemburg im Alleingang umgesetzt werden.

- die finanziellen und personellen Mittel für Prävention wesentlich erhöhen. Ein umfassendes Präventionskonzept wird durchgeführt, das mobile Drogenarbeit in Schulen, auf öffentlichen Veranstaltungen und in sonstigen Einrichtungen umsetzt (Info- und Sensibilisierungsarbeit, "Drug-checking"), bestehende Programme und Dienstleistungen ausbaut und effektiver vernetzt. Kinder und Jugendliche sollen von zu diesem Zweck geschultem sozio-educativen Personal ehrlich über Drogen und Sucht informiert werden.
- eine Neureglementierung des Verkaufs sowie des Konsums sämtlicher Rauschmittel ausarbeiten, mit dem primären Ziel des Jugendschutzes. Ein neues Betäubungsmittelgesetz wird an zentraler Stelle den Gebrauch sämtlicher psychoaktiver Substanzen regeln, neben den illegalen auch die legalen Drogen wie Alkohol und Tabak umfassen und eine einheitliche Altersgrenze für Substanzen mit ähnlichem Suchtpotential einführen.
- ein breites interdisziplinäres Hilfsangebot schaffen bzw. koordinieren, weil Menschen in verschiedenen Lebenssituationen und in verschiedenen Stadien der Abhängigkeit unterschiedliche Angebote benötigen und in Anspruch nehmen. Dafür ist es nötig, Nachbetreuungsmaßnahmen, Übernachtungsmöglichkeiten, Substitutionsbehandlungen, Fixerstuben und sozialpsychologische Einrichtungen den geographischen Gegebenheiten und Bedürfnissen der Patienten entsprechend dezentralisiert anzupassen und zu erweitern.
- durch eine vom Staat kontrollierte Abgabe von Heroin das Gesundheitsrisiko der Konsumenten verringern.
- eine eigenständige, aus genügend Personal und Experten bestehende Verwaltung im Gesundheitsministerium einrichten, welche die Regierung in Sachen Suchtpolitik berät, Konzepte ausarbeitet und Leitlinien erstellt. Diese Verwaltung wird ebenfalls Studien zum Suchtverhalten der Bevölkerung in Auftrag geben, um wissenschaftliche Erkenntnisse zu erlangen und die gesellschaftspolitische Realität zu erfassen.
- auf längere Sicht und auf EU-Ebene auf einen bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit Rauschmitteln hinarbeiten. Eine kohärente Drogenpolitik kann nur auf internationaler Ebene effizient umgesetzt werden.

X. Gender Mainstreaming : mehr Lebensqualität für Frauen und Männer

Unsere Gesellschaft befindet sich schon seit Jahrzehnten im Wandel. Traditionelle Lebens- und Familienmuster verändern sich, immer mehr Frauen sind erwerbstätig und dadurch wird es notwendig, das Rollenverständnis von Frauen und Männern zu überdenken und neu zu gestalten. Die Politik ist gefordert, die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen.

Für die luxemburgische Volkswirtschaft ist es notwendig, die Kompetenz und Kreativität der Frauen in vollem Umfang zu nutzen. Damit geschlechtsspezifische Diskriminierungen abnehmen, muss die Sensibilisierung für Geschlechterfragen in allen gesellschaftlichen Bereichen stattfinden und schon bei den Kindern ansetzen. Ein wichtiger Beitrag ist auch die verstärkte Präsenz von Frauen in der Politik, sowohl auf kommunaler wie auf nationaler Ebene. Darüber hinaus ist es unabdingbar, dass die Politik klar Position bezieht zu umstrittenen ethischen Fragen wie z.B. dem Schwangerschaftsabbruch.

1. Gleiche Chancen in Beruf und Karriere

Frauen und Männern müssen gleiche Chancen haben, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren und beruflich weiter zu kommen.

déi gréng werden:

- eine kostenlose, flächendeckende, qualitativ hochwertige und zeitlich flexible Kinderbetreuung vom Baby- bis zum Teenageralter einführen.
- konkrete Wiedereinstiegs- und Weiterbildungsmaßnahmen anbieten, sowie speziell auf die Bedürfnisse von Frauen und Männern zugeschnittene Beratungs- und Informationsangebote konzipieren. Die kommunalen Gleichstellungsdienste werden dabei eine wesentliche Rolle übernehmen.
- sich dafür einsetzen, dass die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen bei gleichwertiger Arbeit aufgehoben werden.
- das Phänomen des „glass ceiling“ bekämpfen, das Frauen daran hindert in gleichem Maße wie ihre männlichen Kollegen in die Führungsetagen aufzusteigen.
- im Rahmen der schulischen Berufsorientierung atypische Berufsbilder verstärkt berücksichtigen, um damit das traditionelle Rollenverständnis zu überwinden und sowohl Mädchen wie Jungen neue berufliche Perspektiven anzubieten.
- eine gerechte Aufteilung von Berufs- und Familienarbeit zwischen beiden Partnern unterstützen, z.B. durch Förderung der Teilzeitarbeit für Frauen und

Männer und Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Fragen, die schon in der Schule ansetzt.

- die kürzlich in nationales Gesetz umgesetzte Anti-Diskriminierungsrichtlinie konsequent anwenden. In Zusammenarbeit mit den Frauen- und Gleichstellungsverbänden wird eine klare Definition der Diskriminierung in Bezug auf direktes und indirektes Mobbing ausgearbeitet und eine effiziente Beschwerdestelle geschaffen.
- Lebensarbeitszeitkonten einführen, die es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, ihre Arbeitszeit an die jeweiligen Lebens- und Familienumstände anzupassen, ohne dabei Rentenansprüche einzubüßen.

2. Rentenanspruch für alle

Ein eigenständiger, möglichst vollständiger Rentenanspruch schützt – insbesondere im Scheidungsfall – den nicht berufstätigen Ehepartner vor Altersarmut.

déi gréng werden:

- einen eigenständigen Rentenanspruch für alle Frauen und Männer einführen. Dies bedeutet, dass z.B. auch bei einer beruflichen Auszeit ein obligatorischer Mindestbeitrag in die Rentenkasse gezahlt wird.

3. Frauen im gesellschaftlichen Leben

déi gréng werden:

- sich dafür einsetzen, dass Frauen auf allen gesellschaftlichen Ebenen stärker vertreten sind.
- durch die Einführung paritätischer Wahllisten und Unterstützung für Frauen, die sich politisch engagieren wollen, dafür sorgen, dass auf kommunaler und nationaler Ebene mehr Frauen in der Politik mitbestimmen.
- dafür sorgen, dass das "Gender Budgeting" zum festen Bestandteil des politischen Handelns wird.

4. Ein selbstbestimmtes Leben führen

déi gréng sind der Meinung, dass die Menschen selbst entscheiden sollen, ob und wann sie Kinder bekommen.

déi gréng werden:

- ein umfassendes Angebot an Sexualerziehung und die kostenlose Vergabe bzw. Kostenrückerstattung aller Verhütungsmittel für sozial Schwache und Jugendliche einführen.
- das Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch reformieren und Rechtssicherheit für die betroffenen Frauen schaffen. Ihnen soll die Möglichkeit gegeben werden, eine Schwangerschaftsunterbrechung unter guten medizinischen und menschlichen Bedingungen in Luxemburg durchführen zu lassen. Die Kosten für den Eingriff sollen von der Krankenkasse getragen werden.

XI. Medien, Kultur, Sport und Freizeit

1. Medienpolitik

Demokratische Beteiligung ist nur in einer offenen Informationsgesellschaft möglich. déi gréng setzen sich für eine vielfältige und pluralistische Mediengesellschaft ein und wollen ein breites und qualitativ hochwertiges Angebot in Presse, Rundfunk und Fernsehen garantieren.

Die digitale Revolution des 21. Jahrhunderts verändert unsere Gesellschaft ähnlich tief greifend, wie die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts. Die digitalisierten Medien beschleunigen unseren Alltag, sie verstärken den Trend zur individualisierten Kommunikation. Dieser Trend bringt ein Mehr an individuellen Freiheiten, es besteht allerdings die Sorge, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren geht und Entfremdung von der Wirklichkeit durch übermäßigen Medienkonsum verstärkt werden. Für die Grünen kommt es darauf an, die grundsätzlich verbürgte Freiheit der Medien zu wahren und gleichzeitig die Medien nicht aus der Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung zu entlassen. Viele reden von der Informationsgesellschaft, déi gréng streben die Wissensgesellschaft an. Nur wer kompetent im Umgang mit klassischen wie neuen Medien ist, kann an der gesellschaftlichen Entwicklung teilnehmen. Mediennutzung und Medienkompetenz sind somit als Erziehungs- und Bildungsauftrag zu verstehen.

déi gréng werden:

- einen deutlicheren Schutz der persönlichen Daten im digitalen Zeitalter gewährleisten.
- eine vielfältige audiovisuelle Produktionslandschaft fördern und die Verbreitung von soziokulturell und künstlerisch wertvollen Inhalten ermöglichen.
- die staatliche Pressehilfe auch an qualitative Maßstäbe koppeln und nicht nur an die Summe bedruckten Zeitungspapiers. Die luxemburgische Presselandschaft hat sich in den letzten Jahren stark entwickelt. Mehr Zeitungstitel bedeuten aber nicht unbedingt ein Mehr an hochwertigem Journalismus.
- zusammen mit dem Presserat nach Lösungen suchen, um die Berufsbezeichnung „Journalist“ qualitativ aufzuwerten.
- den Kontrollauftrag des „Conseil National des Programmes“ auf sämtliche audiovisuellen Medien in Luxemburg ausdehnen.

2. Für eine vielfältige Kulturszene

Kultur und Kunst tragen zur ästhetischen und ethischen Orientierung unserer Gesellschaft bei. Kulturpolitik und kulturübergreifende Kunst sind wichtige Instrumente für Integration, Völkerverständigung und internationale Beziehungen. Wir brauchen eine starke und vielfältige Kulturszene. Das Hauptgewicht der Kulturpolitik muss sich in den nächsten Jahren verstärkt den Menschen, die kulturell arbeiten, zuwenden. Kultur und Kunst müssen auch da gefördert werden, wo es sich nicht unmittelbar „lohnt“:

Kultur ist ein ökonomischer Standortfaktor, darf aber nicht auf diesen Aspekt reduziert werden. Sie soll grundsätzlich von der öffentlichen Hand finanziert werden. Mäzenat und Philanthropie können eine ergänzende Rolle spielen, dürfen die öffentlichen Gelder aber nicht ersetzen.

Wir setzen uns ein für die Freiheit der Kultur und der Künste, auch jenseits des "Mainstreams". Insbesondere junge Menschen brauchen öffentliche Orte der Kreativität und des Austauschs. Ziel unserer Politik ist die Erhaltung und Schaffung regionaler kultureller Institutionen, wie z.B. Kulturhäuser, Theater, Probenräume, Aufführungs- und Ausstellungsräume, Jugendhäuser usw., sowie deren koordinierte Zusammenarbeit. Kunstschaffende brauchen bessere Rahmenbedingungen, ihre soziale Lage muss verbessert werden und vor allem junge Künstlerinnen und Künstler müssen vielfältig gefördert werden.

déi gréng werden:

- die administrativen Strukturen der Kulturverwaltungen reorganisieren und die Finanzierungsmechanismen transparent und effizient gestalten.
- auf Basis eines „Weißbuches“, das Angebot und Nachfrage, sowie die Stärken und Schwachpunkte der Kulturszene auflistet, einen mehrjährigen Kulturentwicklungsplan ausarbeiten.
- einen „plan sectoriel culture“ aufstellen, der sowohl die bestehenden wie die eventuell noch zu schaffenden Infrastrukturen auflistet und die Programmschwerpunkte der verschiedenen Institutionen definiert bzw. abstimmt.
- das Profil der regionalen Kulturhäuser stärken, indem sie einerseits ihrer Rolle als regionale Kulturträger gerecht werden, andererseits sich aber auch ein eigenes kulturelles „Image“ geben.
- eine großzügigere Handhabung des Statuts der Kunstschaffenden gewährleisten.
- eine Kunst- und Kulturagentur schaffen, die den Kulturschaffenden in Luxemburg eine Promotionsplattform für die Großregion und darüber hinaus bietet.

- kulturpolitische Maßnahmen in die Erziehungs- und Bildungspolitik integrieren durch Leseförderung bei Kindern und Jugendlichen; regelmäßige Besuche von Kultur- und Kunstveranstaltungen im Rahmen des Lehrplans; die Förderung kultureller Aktivitäten in Schulen und Jugendhäusern.
- den Bau einer neuen Nationalbibliothek prioritär umsetzen und das regionale Netz von öffentlichen Bibliotheken ausbauen.

3. Sport und Freizeit

Den Anforderungen von Schule und Arbeit in unserer Leistungsgesellschaft soll genügend Raum für Bewegung und generell für Freizeitmöglichkeiten gegenüberstehen. Jeder Mensch braucht einen Ausgleich, um sich körperlich oder kreativ betätigen zu können oder um einfach abzuschalten, „aufzutanken“ und so neue Kräfte zu mobilisieren.

Freizeit, also „freie, selbstbestimmte Zeit“ und Bewegung müssen schon ab dem Kleinkindalter ermöglicht werden. Dies bringt auch ein Umdenken in der Urbanisierung und Dorfgestaltung mit sich, da man genügend „Raum“ insbesondere für eine kinder- und jugendfreundliche Umgebung einplanen muss.

Übergewicht und Magersucht, die auf eine schwierige, bzw. gestörte Beziehung zum eigenen Körper hinweisen, sind zentrale Themen in der Gesundheitsvorsorge bei Kindern und Jugendlichen. Lebensqualität für jede Bürgerin und jeden Bürger bleibt daher eng verbunden mit der Möglichkeit, ein gesundes, ausgeglichenes Leben zu führen, in dem sowohl Geist wie Körper respektiert werden.

déi gréng werden:

- den Breitensport gezielt fördern, um allen Bürgerinnen und Bürgern Freizeitmöglichkeiten und sportliche Aktivitäten anzubieten, die nicht auf Leistungssport zielen, sondern jede Person in ihren Fähigkeiten und Interessen begleiten und fördern.
- Sensibilisierungskampagnen durchführen, damit die Lust auf Bewegung und soziale Kontakte gefördert respektiv erhalten bleibt.
- ein Umdenken in Sachen Flächennutzung unterstützen, um Freizeitaktivitäten mehr Raum zu bieten (für Spiel- und Abenteuerplätze, Jugendhäuser, Vereinshäuser, Versammlungs- und Begegnungsplätze, thematische Wanderwege usw.).
- den Ausbau von Sport- und Freizeitzentren vorantreiben.

4. Tourismus

Der luxemburgische Tourismussektor charakterisiert sich durch ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen dem städtischen und ländlichen Tourismus. Die Zahl der

Campingbesucher im Ösling und Müllerthal nimmt ab, die Zahl der Geschäftsreisenden und Kulturinteressierten in Luxemburg-Stadt nimmt zu.

déi gréng werden:

- nach dem Vorbild von „Luxembourg for Finance“, eine Tourismusoffensive nach dem Motto „Luxembourg for Tourism“ starten. Ziel dieser Initiative ist es, ein kohärentes Bild von Luxemburg zu entwickeln und zu promovieren, wobei sämtliche Akteure einzubeziehen sind.
- die bestehenden touristischen Strukturen weiter professionalisieren und vernetzen, die geplanten „offices régionaux de tourisme“ (ORT) vorantreiben, um die teilweise ehrenamtlichen Mitarbeiter der „Syndicat d’Initiative“ zu entlasten.
- eine Reform des "Office national du tourisme" anstreben, hin zu einem „établissement public“, mit Öffnung zur Privatwirtschaft.
- die Werbestrategien im Bereich des Tourismus überdenken: Zielgruppen erkennen, Erlebnisreisen anbieten, Publikumsmagnete (Bettemburger Park, Schloss Vianden usw.) entsprechend vermarkten, bestehendes Kulturerbe touristisch aufwerten, Kulturtourismus weiterführen.
- auch den Kurzurlaub oder den Tagesausflug im eigenen Land attraktiver gestalten und deshalb besonderen Wert auf Naherholungsgebiete legen, bzw. über Freizeitangebote und Veranstaltungen informieren.
- auf sanften Tourismus, Natur und Regionalität setzen, mit Naturreservaten und Naturparks, landestypischen Produkten, Folklore, Kunsthandwerk, lokalen Veranstaltungen, Wandern und Fahrradfahren, als Schwerpunkte in der Großregion.
- die staatliche Subventionspolitik überdenken und Kriterien der Umweltverträglichkeit (Beispiel Ecolabel) einführen.

XII. Außen-, Friedens-, Sicherheitspolitik, Kooperation und Europa

Zerfallende staatliche Strukturen, internationaler Terrorismus, Klimawandel, zunehmende Ressourcenkrisen, Aufrüstung und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sind die größten globalen Risiken für Frieden und Sicherheit. Grüne Friedens- und Sicherheitspolitik zielt auf den Schutz der Menschenrechte, auf internationale Gerechtigkeit und Solidarität, Nachhaltigkeit, Gewaltfreiheit und die Stärkung des internationalen Rechts.

déi gréng werden:

- sich in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU für die Entscheidungsfindung per Mehrheit und die gleichberechtigte Beteiligung des Europäischen Parlaments einsetzen.
- die institutionelle, personelle und finanzielle Stärkung der Vereinten Nationen (im Sinne des Multilateralismus) vorantreiben. Ein gemeinsamer Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat ist anzustreben, um den aktuellen Verhältnissen in der Welt gerecht zu werden.
- militärischen „Konfliktlösungen“ eine Absage erteilen. Unter bestimmten Bedingungen, im Rahmen der Vereinten Nationen oder auf Anfrage betroffener Länder, kann Militär jedoch einen notwendigen Beitrag zur Gewalteindämmung, Gewaltverhütung und Friedenskonsolidierung leisten.
- die zivile Krisenprävention, sowohl bei der Deeskalation von Konflikten als auch bei dem längerfristigen Abbau von Konflikt- und Gewaltursachen stärken.
- gegen die gewaltsame Durchsetzung von Ressourceninteressen angehen. Der Zugang zu Ressourcen muss durch Kooperation, auf der Basis von Gerechtigkeit, gesichert werden.
- aus umwelt- wie friedenspolitischen Gründen die weltweiten Abrüstungsverhandlungen vorantreiben. Wir fordern den weltweiten Ausstieg aus der zivilen und militärischen Atomkraft. Landminen, Streubomben und uranhaltige Munition gehören verboten. Das gleiche gilt für biologische und chemische Kampfstoffe.
- zwischen dem Außen- und dem Wirtschaftsministerium klare Menschenrechtskriterien ausarbeiten, die für alle bilateralen Beziehungen mit Ländern außerhalb der EU gelten müssen. Luxemburg kann, im Gegensatz zu der aktuellen Situation, eine Rolle bei Demokratie- und Rechtsstaatsbemühungen übernehmen: wir setzen uns z.B. dafür ein, dass unser Land seine besonderen wirtschaftlichen Beziehungen zu China auch im Bereich der Menschenrechte nutzt und ein chinesisch-luxemburgisches Demokratie- und Menschenrechtsinstitut schafft.

- die Professionalisierung der Armee vorantreiben und gegen eine Mischung aus Freiwilligen- und Berufsarmee eintreten, wie sie die Reform von 2008 hervorgebracht hat. Da die Missionen, an denen sich die Luxemburger Armee beteiligt, nicht ohne Gefahren sind, müssen Ausbildung, Ausstattung und Besoldung der Soldaten an diese Realität angepasst werden.
- eine Rekrutierungs- und Sensibilisierungsstruktur im Bereich der zivilen Sicherheitspolitik schaffen, um zumindest ansatzweise zu den bestehenden Strukturen im militärischen Bereich aufzuschließen und Luxemburgs Beitrag zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu gewährleisten. Im Bereich der zivilen Sicherheitspolitik ist Luxemburg alles andere als ein europäischer Musterschüler. Während Luxemburg an allen NATO-Missionen teilnimmt, so ist dies längst nicht der Fall für die zahlreicheren zivilen Friedensmissionen der Europäischen Union.

1. Entwicklungs- und Zusammenarbeitspolitik

Entwicklungspolitik ist für déi gréng keine karitative Veranstaltung, sondern eine Zukunftsinvestition in die Entwicklung von Sozialsystemen, Bildung und Kapazitätsentwicklung (capacity building), gerechtem Handel, Schutz natürlicher Ressourcen und globaler Umweltpolitik mit als Dividenden humane Entwicklung und Wohlstand sowie Stabilität, Frieden, Sicherheit und Wirtschaftswachstum. Die UN-Millenniumsziele und das Konzept der nachhaltigen Entwicklung sind die Leitfäden grüner Entwicklungspolitik.

déi gréng werden:

- sich für gerechten Welthandel, einen verbesserten Marktzugang für Produkte aus Entwicklungsländern sowie den Abbau der EU Exportsubventionen einsetzen. Entwicklungsländer brauchen das Recht, im Aufbau befindliche Wirtschaftszweige zu schützen und Dienstleistungen von öffentlichem Interesse (z.B. Wasser, Bildung, Gesundheitswesen) von den Regeln der Marktliberalisierung auszunehmen. Wir sind ebenfalls bereit die ILO-Konvention Nr. 169 für die Rechte der indigenen Völker zu unterzeichnen.
- allen Staaten die Möglichkeit geben, eine eigenständige Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik zu betreiben und sich z.B. für stärkere Eigenversorgung oder gegen Gentechnik zu entscheiden. In diesem Sinne werden déi gréng mit der Luxemburger Entwicklungspolitik gezielt nachhaltige und an die lokalen Bedingungen angepasste land- und forstwirtschaftliche Produktionszweige unterstützen.
- sich dafür einsetzen, dass natürliche Ressourcen der Entwicklungsländer (z.B. Bodenschätze, Wälder, Süßwasser) nachhaltig zu bewirtschaften und als Lebensgrundlage für folgende Generationen zu erhalten sind. Hierzu benötigen wir eine starke UN-Umweltorganisation, welche die globalen Probleme endlich auf gleicher Augenhöhe mit der Welthandelsorganisation angeht.

- in der Entwicklungszusammenarbeit die Verbesserung von Kapazitäten und Kompetenzen in den Verwaltungen der Partnerländer vorantreiben und die sektorielle Kompetenz der Luxemburger Entwicklungspolitik den steigenden Anforderungen anpassen und durch neue Expertenposten verstärken.
- einheimische Programme der Entwicklungsländer – etwa zur Armutsreduzierung – unterstützen und Anreize für Reformen und gute Regierungsführung schaffen. Durch nicht projektgebundene Budgethilfe werden wir öffentliche Programme der Partner mitfinanzieren. Die Co-Finanzierung von privaten Projekten (z.B. Mikrofinanz) wird in nachhaltigen Bereichen für wirtschaftliche Diversifizierung und Arbeitsplätze sorgen.
- die Zivilgesellschaft stärker einbinden: Im Sinne der Effizienz und der Demokratisierung der Politik in den Partnerländern streben déi gréng eine stärkere Einbeziehung der dortigen Zivilgesellschaft bei der Ausarbeitung der Entwicklungsstrategien an. Auch in Luxemburg werden wir den Nicht-Regierungs-Organisationen Zugang zu den Gremien verschaffen, welche die Leitlinien der Luxemburger Entwicklungspolitik definieren und deren Umsetzung überwachen.
- die Gleichberechtigung fördern und Frauen gezielter unterstützen: Frauen spielen eine zentrale Rolle in der grünen Entwicklungspolitik. Wir wollen ihre traditionellen Aufgaben (Feldarbeit, Kindererziehung, Führung des Haushalts, ...) erleichtern sowie ihre soziale und politische Rolle stärken. Luxemburg wird sich für die Wahrung von Frauenrechten einsetzen, wie z.B. den gleichberechtigten Zugang zu Schulbildung oder aber Land- und Eigentumsrechte stärken.
- für mehr politische Kohärenz sorgen: Als EU- und UN-Mitglied sowie als internationaler Geber kann Luxemburg wichtige Akzente setzen, um negative Effekte der Globalisierung abzufedern, bzw. in positive umzuwandeln. Knackpunkt bleibt die fehlende Kohärenz zwischen den nationalen und europäischen Handels-, Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Entwicklungspolitiken. Luxemburg muss sich aktiv für eine stärkere Kohärenz der Politiken einsetzen.
- bei öffentlichen Ausschreibungen für den Kauf von Gütern und Dienstleistungen auf Produkte aus fairem Handel und nachhaltigem Wirtschaften achten. Wir werden uns aber auch durch Entwicklungszusammenarbeit dafür einsetzen, dass Umwelt-, Sozial- und „Fairtrade“-Standards ebenfalls einen größeren Stellenwert in der öffentlichen Verwaltung der Partnerländer erhalten.

2. Eng staark gréng Stëmm fir Europa

a. Konsequent für Frieden, Solidarität, Demokratie, Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz

Die Europäische Union hat Europa Frieden, umwelt- und sozialpolitischen Fortschritt und weitgehende wirtschaftliche Stabilität gebracht. Viele nationale Fortschritte in den Bereichen Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz sind erst durch die EU-Politik erreicht worden. Die weltweite Vorreiterrolle, die von der EU im Bereich des Klimaschutzes und bei der Festlegung von internationalen Umwelt- und Sozialstandards gespielt wird, ist nur ein Beispiel für die Bedeutung des europäischen Projekts.

Die Grünen waren und bleiben konsequente Befürworter einer zugleich vertieften und schrittweise erweiterten EU. Sie sehen daher sehr kritisch, dass immer mehr nationalistische europafeindliche Kräfte in der EU Auftrieb erhalten und kurzsichtige Interessen bestimmter Konzerne die Oberhand gewinnen. Dadurch wird das europäische Projekt gefährdet und dadurch geraten die sozialen und umweltpolitischen Errungenschaften und Konsumentenrechte in den Mitgliedstaaten unter Druck. Vorschläge der EU-Kommission, wie die Bolkestein-Direktive, die Briefpostliberalisierung oder die Liberalisierung der Gesundheitsdienste zeigen, dass die Liberalisierung und in der Folge oft die Privatisierung immer mehr zum Selbstzweck wird. Kritische unabhängige Evaluationen der sozialen Folgen und der Auswirkungen auf die Qualität des öffentlichen Dienstes fehlen.

Auch die Luxemburger Regierungen verstricken sich immer mehr in offene Widersprüche, indem sie einerseits vorgeben, Sozial- und Umweltstandards sowie Konsumentenrechte zu verteidigen und andererseits im EU-Rat bei Verbraucherthemen zu den Befürwortern einer offensiven Liberalisierung gehören und in Kleinstaaterei verfallen: So versucht Luxemburg beispielsweise beim Klimaschutz aus der europäischen Solidarität auszuscheren.

50 Jahre nach ihrer Gründung ist die EU daher an einer entscheidenden Weggabelung angekommen. Die kommenden Europawahlen müssen deutlich machen, dass die EU sich nicht weiter in die Richtung einer deregulierten Wirtschaftsgemeinschaft entwickelt, sondern selbstbestimmt und selbstbewusst umsteuert und sich der europäischen Grundwerte von gesellschaftlicher Kohäsion, Solidarität und globaler Verantwortung besinnt. Der Vertrag von Lissabon hat Unzulänglichkeiten, doch er ist ein gangbarer und realistischer Kompromiss und ein Schritt in diese Richtung. Er soll deshalb schnellstmöglich in Kraft treten, um die europäischen Institutionen fit zu machen für die Zukunft.

Europäische Kleinstaaterei ist mit Sicherheit die falsche Antwort auf die rasante Entwicklung von Staaten wie China und Indien. Nur ein europäisches Projekt, das wirtschaftliches Wachstum mit dem Anspruch auf hohe Sozial- und Umweltstandards verbindet, kann zugleich wirtschaftlichen Wohlstand und sozialen Schutz garantieren und auch unseren Kindern eine Lebensperspektive bieten. Nur wenn die EU ihren Kurs ändert, wird sie die großen Herausforderungen bewältigen: Innovation anstoßen, Wettbewerbsfähigkeit erhalten, den Klimawandel und die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich reduzieren, Integration fördern und ihre Bürgerinnen und Bürger vor den sozialen und umweltpolitischen Verwerfungen der Globalisierung schützen.

Die grünen Minister im Europäischen Rat und die Europaabgeordneten der grünen Fraktion im Europaparlament werden weiterhin ein wichtiger Garant für

fortschrittliche Umwelt- und Sozialpolitik sein. Die grünen Europaabgeordneten haben durch ihr geschlossenes Engagement des Öfteren den Ausschlag gegeben, dass sich fortschrittliche Umwelt- und Sozialstandards durchsetzen konnten und die Kuhhändler der großen Fraktionen durchkreuzt wurden. Die grüne Fraktion ist nachweislich die geschlossenste und kohärenteste politische Gruppe im Europaparlament. Sie hat gezeigt, dass sie dadurch stärker sein kann, als die anderen Fraktionen. Als Vorreiter haben sie die Verwässerung der Chemikaliendirektive REACH verhindert, sich für ein ambitioniertes Klimapaket eingesetzt, die Bolkestein-Direktive und die Arbeitszeitdirektive konsequent abgelehnt und gegen die rein repressive Immigrationsdirektive gekämpft. Im Europaparlament zählt jede Stimme. Jeder Abgeordnete kann EU-Gesetzgebungen aktiv beeinflussen. Trotz der verhältnismäßig geringen Anzahl der Luxemburger Europaabgeordneten können diese aufgrund der wechselnden Mehrheitsverhältnisse im Europaparlament großen Einfluss ausüben. Hierzu braucht es allerdings Kompetenz und Engagement.

b. Folgenden Maßnahmen und Projekten haben für déi gréng im Europaparlament Priorität.

déi gréng werden:

- auf EU-Ebene den Klimaschutz vorantreiben: Die EU muss klimapolitisch weiterhin vorangehen und sich für ein internationales Klimaabkommen einsetzen, das an die Stelle des auslaufenden Kyoto-Protokolls tritt. Es muss alles versucht werden, um sämtliche industrialisierte Länder und Schwellenländer in das Abkommen zu integrieren. Die EU wird nur dann international stark sein, wenn sie daheim ihre Hausaufgaben gemacht hat und ihre Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien, der Ressourceneffizienz und der CO₂-Reduktion mit aller Entschlossenheit umsetzt. Luxemburg kann seine Ziele im Bereich der erneuerbaren Energien im Verbund mit seinen Nachbarländern erreichen, wenn es nachweislich alle einheimischen Potentiale genutzt hat. Wir werden die Benelux-Gemeinschaft für gemeinsame Projekte im Bereich des Klimaschutzes nutzen.
- die 1957 von Luxemburg mitbegründete Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) in ihrer bestehenden Form abschaffen. Der Teil des Vertrages, der Förderung für diese gefährliche Technik, die weder beim Kampf gegen den Klimawandel entscheidend hilft, noch die Versorgungssicherheit entscheidend garantiert, wird ersatzlos gestrichen. Die Teile des EURATOM-Vertrages, welche die Kontrolle des Nuklearmaterials sicherstellen (Verhinderung der Nuklearproliferation), werden, solange es Atomanlagen gibt, weitergeführt und gestärkt werden. Wir werden die Idee einer Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE) fördern. Damit setzt die EU-Energiepolitik konsequent auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien und kehrt gesundheits- und umweltschädlichen Energien wie Kohle, Öl und Atom den Rücken. Luxemburg sollte zusammen mit anderen EU-Mitgliedstaaten eine solche Gemeinschaft auf den Weg bringen. Die Direktive zur Förderung der erneuerbaren Energien, die unter dem Europaabgeordneten Claude Turmes als Berichterstatter im

Europaparlament auf den Weg gebracht wurde, wird den Durchbruch schaffen: das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der erneuerbaren Energien werden.

- darauf hinwirken, dass das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert der Ressourceneffizienz wird. Nur so kann garantiert werden, dass die Menschen in den Schwellenländern wie China und Indien, aber auch in den Entwicklungsländern ausreichend Ressourcen für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zur Verfügung stehen ohne dass dabei die Grenzen der Ökosysteme empfindlich überschritten werden. Die EU muss wie die anderen Industrieländer ihren total überzogenen Verbrauch von Ressourcen drastisch reduzieren. Dazu soll die EU einen Ressourcenplan 2020 ausarbeiten, der dafür sorgt, dass der heute im internationalen Vergleich überzogene Ressourcenverbrauch der EU Wirtschaft sich schrittweise auf den der EU zustehenden Ressourcenverbrauch (ecological footprint) reduziert. Eine solche Politik wird auch wirtschaftlich positive Effekte bewirken: Die EU wird Vorreiter in den Umwelt und Ressourcen schonenden Technologien und wird somit einen wesentlichen Beitrag dazu liefern, die andernfalls drohenden Konflikte und Kriege um Ressourcen zu entschärfen.
- im Verkehrsbereich klimapolitisch handeln. Die Automobilindustrie blockiert allerdings notwendige Innovationen. Wir werden uns für deutlich strengere Treibstoff-Verbrauchswerte für Personen- und Lastkraftwagen einsetzen. Der schrittweise Umstieg auf elektrisch betriebene Autos, die nachweislich aus erneuerbarer Energie gespeist werden, ist mehr als sinnvoll. Elektrische Autos sind klima- und umweltpolitisch allerdings kein Freifahrtsschein: Eine andere Mobilität, die konsequent auf öffentlichen Transport und Verkehrsreduzierung setzt, behält eindeutig den Vorrang.
- bei der Wende weg vom Öl Unternehmen und Haushalte nicht zu stark belasten. Wir werden für einen von der EU koordinierten nationalen Energiestrukturfonds eintreten, der den Wandel im Energiebereich hin zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz beschleunigen, Haushalte sozial abfedern und Unternehmen durch gezielte Förderprogramme subventionieren wird. Dieser Fonds speist sich aus den steuerlichen Zusatzeinnahmen des Staates durch gestiegene Energiepreise, einer Spekulationstaxe, die auf dem Ölmarkt eingeführt wird und den Einnahmen, die durch im Rahmen des europäischen Emissionshandelssystems erzielt werden.
- dafür eintreten, dass die EU neue Regeln einführt, um die allzu spekulativen Elemente der Finanzwelt einzudämmen und diese so wieder in geregelte Bahnen zu lenken. Die dramatischen Ereignisse im zweiten Halbjahr 2008 an den internationalen Finanzmärkten sind eine direkte Folge einer unzureichend geregelten Finanzaufsicht. Um den Schaden der Bankenkrise für die Gesamtwirtschaft so gering wie möglich zu halten, treten déi gréng für ein EU-Investitionsprogramm ein, das aus Geldern der Europäischen Investitionsbank und aus einer Umlagerung der EU-Strukturfonds finanziert wird. Dieses Programm sollte insbesondere die Aktivitäten der Bauwirtschaft stützen, durch ein groß angelegtes Programm zur Sanierung des bestehenden Gebäudebestandes, durch schnellere Investitionen in erneuerbare Energien

und durch gezielte Infrastrukturmaßnahmen wie dem Ausbau des Öffentlichen Verkehrs. Dadurch werden nicht nur Arbeitsplätze erhalten und geschaffen sondern auch die Ursache für die Inflationstendenzen in der EU – die zu hohe Abhängigkeit vom immer knapper werdenden Erdöl – systematisch bekämpft.

- für ein EU-Sozialprotokoll eintreten, welches das nationale Sozial- und Arbeitsrecht gegen die Liberalisierung schützt. Die Sozial- und Arbeitsschutzstandards in den Mitgliedstaaten geraten im Binnenmarkt zunehmend unter Druck. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es keine weiteren Liberalisierungen im Bereich des öffentlichen Dienstes gibt und bestehende Marktöffnungen kritisch und unabhängig evaluiert werden. Wir werden dafür kämpfen, dass die bestehende EU-Sozialgesetzgebung deutlich gegenüber Binnenmarktregeln Vorrang bekommt. Gemeinsam mit anderen fortschrittlichen EU-Mitgliedstaaten werden wir vorangehen und uns dafür einsetzen, dass schrittweise Mindestlöhne und Mindesteinkommen in der EU eingeführt werden.
- die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher besser schützen. Sie geraten durch die Liberalisierung der Dienstleistungen immer mehr unter Druck. Es wird zunehmend unklarer, welches Recht bei Auftragsarbeiten oder per Internet erworbenen Gütern letztlich gilt. Zudem zeigt das jüngste Beispiel des vergifteten Kinderspielzeugs, dass die Selbstkontrolle der Unternehmen nicht mehr für sichere und gesunde Produkte garantieren kann. Wir werden uns daher für eine europäische Konsumentenschutzrichtlinie einsetzen, die Verbrauchern in allen gewerblichen Bereichen klare Rechte schafft und bei Streitfällen prinzipiell das Recht ihres Mitgliedstaates anwendet. Zudem werden wir dazu beitragen, staatlichen Stellen wieder mehr Rechte und Kompetenzen bei der Zulassung und Kontrolle von Produkten zu geben, verbindliche und staatlich kontrollierte EU Sicherheits- und Gesundheitslabel für Produkte zu schaffen und die Produktkontrollen an den Grenzen der Mitgliedstaaten wieder zu verstärken.
- gegen die Zunahme des LKW-Verkehrs in der EU angehen. Laut Prognosen wird die Zahl der LKW auf unseren Straßen in den kommenden Jahren explosionsartig ansteigen. Davon wird Luxemburg als Transitland im Herzen der EU besonders betroffen sein. Wir werden mit unseren Nachbarländern Straßenbenutzungsgebühren für Lastwagen einführen, um eine deutliche Verlagerung der europäischen Gütertransporte auf die Bahn zu erreichen. Zudem treten wir für einen finanziell hoch ausgestatteten „Marshallplan für eine andere Mobilität“ in der EU ein, der konsequent internationale Bahntransitstrecken im Bereich Personen- und Güterverkehr schaffen wird.
- um die für eine ehrgeizige öffentliche Politik notwendigen Finanzmittel zu garantieren, werden wir mithelfen, gegen den Steuerwettbewerb zwischen 27 EU-Mitgliedstaaten anzugehen. Wir setzen uns deshalb für eine gemeinsame EU-Steuerpolitik mit Minimalsätzen für die Unternehmens-, Kapital- und Umweltbesteuerung ein.
- die Arbeit der Lobbys stärker kontrollieren: Der zunehmende Einfluss der Konzerne auf die Entstehung von EU-Gesetzen wird immer unkontrollierbarer

und die europäische Demokratie geschwächt. Die Einführung eines obligatorischen Lobbyregisters, das alle in Brüssel tätigen Interessengruppen umfasst, bleibt eine grüne Priorität. Dem Beispiel der Grünen folgend, müssen alle Luxemburger Europaabgeordnete ihre Finanzen offen legen. Zudem werden wir in einem Memorandum klar die Informations- und Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger und der Zivilgesellschaft bei der Luxemburger Europapolitik festlegen.

- dafür eintreten, dass es zu einer grundlegenden Reform der EU-Agrar- und Fischereipolitik im Einklang mit Umwelt- und Tierschutzziele kommt. Subsidien müssen stärker an Tierschutzziele gebunden werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Legehennenverbot wie geplant 2012 kommt, die Richtlinie zum Transport und den Haltungs- und Schlachtbedingungen von Zuchttieren deutlich verbessert wird und das Klonen von Tieren zur Nahrungsmittelherstellung verboten wird. Außerdem setzen wir uns für eine gentechnikfreie EU ein.
- eine aktive EU-Einwanderungspolitik fördern. In diesem Bereich ist die EU-Politik bisher zu einseitig auf pure Repression ausgerichtet. Wir werden uns für eine EU-Einwanderungsdirektive einsetzen, welche die Einwanderung in die EU regelt und damit auch den Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft in Europa und in den wichtigsten Zuwanderungsgebieten entspricht. Europa braucht Zuwanderung. Eine Festung Europa ist nicht nur verächtlich gegenüber den Menschen in anderen Teilen der Welt, sondern auch kontraproduktiv für das Wohlergehen auf dem europäischen Kontinent.

3. „Lëtzebuerg an Europa“ : Mehr Professionalismus, Transparenz und Kontrolle!

déi gréng engagieren sich bei ihrer Europapolitik in erster Linie für das europäische Gemeinwohl. Sie berücksichtigen aber bei wichtigen Dossiers auch die besonderen Interessen Luxemburgs und haben in der vergangenen Legislatur in einigen Dossiers wie der Postliberalisierungsdirektive oder der Energieliberalisierung Sonderregelungen zugunsten von Luxemburg durchgesetzt.

déi gréng werden:

- in der EU-Politik auf einen Ausgleich zwischen Luxemburg und dem europäischen Allgemeininteresse setzen. Auch in Zukunft wird unser(e) Vertreter(in) im Europaparlament sich in enger Absprache mit der grünen Fraktion in Luxemburg für die besonderen Bedürfnisse Luxemburgs einsetzen und dabei Erfahrungen und gute Kontakte zu den anderen Europaabgeordneten, Rat und Kommission nutzen.
- die Ministerien und Verwaltungen europapolitisch besser aufstellen. In einer größer werdenden EU wird es nicht leichter, die Interessen eines kleinen Landes zu verteidigen. Die Regierung muss europapolitisch professioneller und koordinierter agieren, um sich dieser Herausforderung zu stellen. In allen Ministerien muss Europakompetenz aufgebaut und der Kontakt zu den EU-

Institutionen verstärkt werden. Die fachlichen Qualifikationen der sich mit EU-Dossiers befassenden Beamten in Verwaltungen und Ministerien müssen ausgebaut werden und die interne Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Verwaltungen und Ministerien, dem nationalen Parlament und dem Europaparlament bleibt weiterhin verbesserungswürdig.

Mit der Bedeutung der EU-Politik wächst auch die Notwendigkeit politischer Kontrolle der Luxemburger EU-Politik. Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, welche Positionen die Regierung in Brüssel vertritt. déi gréng haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Luxemburger EU-Politik in der vergangenen Legislaturperiode verstärkt öffentlich debattiert wurde und sich Luxemburger Nichtregierungsorganisationen regelmäßig und frühzeitig in die Verhandlungen über neue EU-Gesetzestexte eingeschaltet haben (Direktiven zur Chemikalienkontrolle, Bolkestein oder auch zur Rückführung von Einwanderern).

déi gréng werden:

- mit der Zivilgesellschaft ein Memorandum zur Transparenz der Europapolitik ausarbeiten, in dem die Mitbestimmungs- und Informationsrechte der Fraktionen, Nicht-Regierungs-Organisationen, Bürgerinnen und Bürgern klar geregelt werden. Die interessierten Organisationen der Zivilgesellschaft sollten spezifische Mittel für die Europaarbeit erhalten.

Für eine öffentliche Debatte bedarf es im Vorfeld einer kompetenten und ehrlichen Bildungs- und Aufklärungsarbeit über die Funktionsweise, die Politikinhalt sowie die Vor- und Nachteile der EU.

déi gréng werden:

- die Europapolitik stärker im Schulprogramm berücksichtigen. Zudem werden wir an allen Schulen Austauschprogramme zwischen Schülern Luxemburgs und Schülern des europäischen Auslands einführen. Nur so kann zusammenwachsen, was zusammengehört.